

**KLEINE
ZEITUNG**

SONNTAG

**100 Jahre
Republik
Österreich**

Das Dossier auf
36 Seiten

4. März 2018

Am 12.
November
1918 wurde
in Wien
die Erste
Republik
ausgerufen.
Doch die
Morgenröte
war zugleich
schon die
Dämmerung.

Die verlorene Republik



100 JAHRE
REPUBLIK1918
1938
2018

Ein Anfang, der schon das Ende in sich birgt

Für das Elend der Ersten Republik und deren Untergang steht symbolhaft ein Name: Franz Dinghofer, der 1918 an der Rampe des Parlaments Deutschösterreich ausrief.

Von Christian Weniger

Dieser 12. November soll für die deutschsprachige Konkursmasse des zerbrochenen Habsburgerreiches so etwas wie ein Geburtstag werden. In dem von Theophil Hansen entworfenen neoklassizistischen Gebäude für den kaiserlichen Reichsrat an der Ringstraße in Wien tagt die Provisorische Nationalversammlung des sich noch selbstständig nennenden deutschösterreichischen Staates, dem 210 Abgeordnete angehören. Es sind ausschließlich Männer, die nun die Weichen stellen. Das Wetter weigert sich, zur Feierlichkeit etwas beizutragen, es regnet. Trotzdem drängen laut Chronisten 150.000 Menschen zum Parlamentsgebäude. Es ist zwar Dienstag, aber der Tag wurde für arbeitsfrei erklärt.

Gegen 16 Uhr proklamiert Franz Dinghofer, amtierender Präsident der Nationalversammlung, von der Rampe des Parlaments aus die Republik Deutschösterreich. Freilich nicht als eigenständigen Staat, sondern als Teil der Deutschen Republik, der man sich anschließen will. Einstimmig hat das die Nationalversammlung beschlossen, wie der Präsident verkündete, denn kaum jemand in diesem geschrumpften Österreich glaubt an die Überlebensfähigkeit als eigenständiger Kleinstaat. Die zwei

Gegenstimmen bei der Abstimmung soll Dinghofer ignoriert haben.

Am Anfang steht Gewalt. Rote Garden unter dem Kommando des ehemaligen Oberleutnants und zum Kommunisten gewandelten Egon Erwin Kisch, bekannt als rasender Reporter und Enthüller des Spionageskandals um den Oberst Redl, versuchen, das Parlament zu stürmen. Zwei Tote und 50 Verletzte hinterlassen die Scharmützel.

Am Anfang steht die Sehnsucht des Anschlusses. Der Präsident dieser Provisorischen Nationalversammlung Franz Dinghofer symbolisiert den 1918 beginnenden Untergang der erst jungen Republik, deren Elend.

Die Totengräber des Landes halten die Schaufeln schon in der Hand. Dinghofer studiert Rechtswissenschaften in Graz, gehört der Burschenschaft „Ostmark Graz“ an. 1907, im Alter von 34 Jahren, wird er Bürgermeister von Linz, er bleibt es bis 1918. Ein mustergültiger Bürgermeister, der Wohnungen bauen lässt, der während des Krieges geschickt die Ernährung der Bevölkerung organisiert. Der Oberösterreicher und Begründer des Deutschen Volksbundes ist einer der Wortführer der Deutsch-nationalen, die, wie auch ande-

re Parteien, das Heil im Schoß des großen Deutschland sehen. Dinghofer gehört 1920 zu den Gründern der Großdeutschen Volkspartei als Sammelbecken einschlägiger deutschümlender Gruppierungen, deren Obmann er auch wird und die sich mit ihrem Parteiprogramm rassistisch und hetzend antisemitisch positioniert.

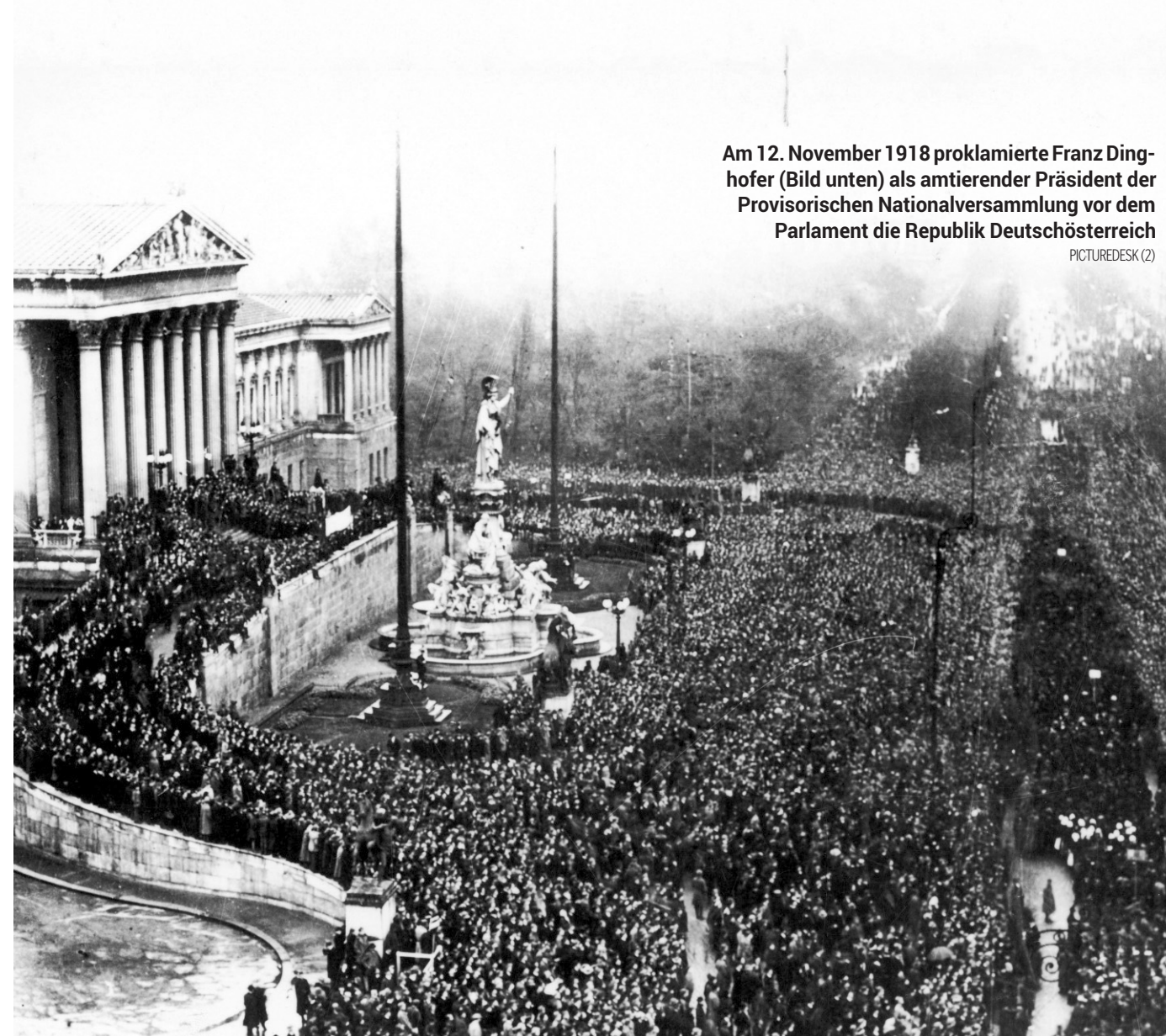
Die Christlichsozialen regieren zeitweise mit den Großdeutschen als Koalitionspartner, Dinghofer wird Vizekanzler, Minister im Kanzleramt, Justizminister, bis er 1928 von der Politik an die Spitze des Obersten Gerichtshofes wechselt. Die von ihm mitbegründete Großdeutsche Volkspartei, nicht mehr an der Regierung beteiligt, verbündet sich 1933

mit der Nazi-Partei zu einer Kampfgemeinschaft.

Dinghofer, der 1924 unverblümt den Anschluss Österreichs an Deutschland als unvermeidlich bezeichnet, erlebt im März 1938 diese Vereinigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Für den einstigen Gründer der österreichischen Großdeutschen Volkspartei gibt es in Adolf Hitlers Reich keine politische Rolle mehr. Als Präsident des Obersten Gerichtshofes wird er pensioniert, angeblich zwangsweise, doch andererseits: Dinghofer ist 65, der Oberste Gerichtshof in Wien wird aufgelöst, braucht daher auch keinen Präsidenten, die Agenden gehen auf das Reichsgericht in Leipzig über.

Am 12. November 1918 proklamierte Franz Dinghofer (Bild unten) als amtierender Präsident der Provisorischen Nationalversammlung vor dem Parlament die Republik Deutschösterreich

PICTUREDESK (2)



Franz
Dinghofer

Und dieser Dinghofer erlebt das Wüten und das Ende des Großdeutschen Reiches, die Gräueltaten des Antisemitismus, mit dem seine seinerzeitige Partei Österreich vergiftet hatte. Dieser Dinghofer erlebt, wie Österreich 1955 mit Unterzeichnung des Staatsvertrages und dem Abzug der Besatzungsmächte zu einem freien Land wird, das sich nicht mehr als kleiner Bruder Deutschlands versteht.

Der Mann, der 1918 die Republik Deutschösterreich ausrief, dessen Name nicht zu den glänzenden unserer Geschichte zählt, starb 1956. Er steht für den Spannungsbogen der österreichischen republikanischen Geschichte von 1918 bis 1938, er steht für Rassenwahn und Untergang.

DIE AUTOREN



Helmut Konrad, 1993 bis 1997 Rektor der Uni Graz, Professor für Zeitgeschichte, kuratiert den Gedenkjahrschwerpunkt der Kleinen Zeitung. FUCHS



Manfred Rauchensteiner, 1992 bis 2005 Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums, Autor der Standardwerke über die Weltkriege. APA



Christa Hämmerle, Professorin für Neuere Geschichte an der Uni Wien, einer ihrer Schwerpunkte: Frauen- und Geschlechtergeschichte. LEODOLTER



Wolfgang Maderthaner, habilitiert im Fach Zeitgeschichte, seit 2012 Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs. APA



Barbara Thosold, Historikerin, Wien, Autorin, Journalistin, Referentin im Bundeskanzleramt. BKA



Helmut Wohnout, an der Uni Graz habilitiert für das Fach Österreichische Geschichte, leitet das Vogel-sang-Institut. PARLAMENTSDIREKTION



Gabriella Hauch, Universität Wien, Professur für Geschichte der Neuzeit/ Frauen- und Geschlechtergeschichte. BARBARA MAIR



Dieter A. Binder, Universität Graz, lehrt am Institut für Geschichte, Autor zahlreicher Publikationen zur österreichischen Geschichte.



Oliver Rathkolb, Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte. Seit 2016 Vorsitzender des neuen Beirats für das Haus der Geschichte Österreich. APA



Alfred Pfoser, Essayist und Bibliothekar, vormals Wienbibliothek im Rathaus, die zu den größten Bibliotheken der Stadt gehört.

100 JAHRE
REPUBLIK
Stichwort:
Kaiser Franz Joseph

Franz Joseph I., geboren am 18. August 1830 und gestorben am 21. November 1916 in Wien, war vom 2. Dezember 1848 bis zu seinem Tod Kaiser von Österreich, Apostolischer König von Ungarn und König von Böhmen.

Ein kranker Mann an der Donau?

Vieles hat in der Habsburgermonarchie nicht funktioniert, aber einiges hat das Zeug dazu, dass man heute noch genauer hinschaut.

Von Helmut Konrad

Als im 19. Jahrhundert das einstmals mächtige Osmanische Reich zu erodieren drohte, geschwächt durch die erfolgreichen Aufstände und Unabhängigkeitskriege der Serben und Griechen, durch die Unabhängigkeitsbestrebungen in Ägypten und durch die Interventionen der europäischen Großmächte, sprach man vom „kranken Mann am Bosphorus“. Das Osmanische Reich galt als Staat, der den Modernisierungsprozess versäumt hatte, der nach innen die Legitimationsgrundlage verloren hatte und der von außen zum Spielball fremder Interessen geworden war. Der osmanische Vielvölkerstaat war praktisch längst zerfallen, als die armenische Tragödie ablief und als kurze Zeit später bedingt durch das Resultat des Ersten Weltkrieges die bis heute kon-

fliktbeladenen neuen Trennlinien in der Region gezogen wurden. Vom Osmanischen Reich ging in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für die Weltpolitik und für die Großmächte keinerlei Bedrohung mehr aus, es lebte nur noch vom alten Glanz.

Ernst Hanisch, der angesehene Salzburger Historiker, habilitierte vor 40 Jahren mit einer großen Arbeit zur späten Habsburgermonarchie. Er untersuchte die Erwartungshaltungen der linken Revolutionäre von 1848, Karl Marx und Friedrich Engels, bezogen auf den multiethnischen Staat. Nicht zufällig nannte Hanisch sein Werk „Der kranke Mann an der Donau“, denn Marx und Engels sagten der Monarchie ein ähnliches Schicksal voraus, wie es das Osmanische Reich vor ihren Augen gerade durch-

lief. In den zwei Jahrzehnten nach 1848 wurde seitens der Revolutionäre das bevorstehende Ende der Monarchie mehrfach herbeigesehnt und ausgerufen.

Der Staat sollte aber noch ein weiteres halbes Jahrhundert überdauern und sich zumindest bis ins dritte Kriegsjahr des Ersten Weltkrieges als stabil erweisen. Selbstverständlich, „Kakanien“, wie es Robert Musil nennt, hatte seine manchmal aus der Zeit gefallen-Strukturen, seine überbordende Bürokratie und seine manchmal operettenhafte Gesellschaft. Und obwohl der Staat in mancher Hinsicht aus der Zeit gefallen schien, so hatte er doch seinen speziellen Kitt, der ihn erstaunlich lange funktionieren ließ. Aus der Zeit gefallen war die Habsburgermonarchie, da das 19. Jahrhundert in den sogenannten

„Nationalstaaten“ die notwendige Grundlage für Fortschritt und Modernisierung sah. Nur eine einheitliche Staatssprache schien im Zeitalter der Normierung eine einheitliche Verwaltung und den unbehinderten Transport von Menschen und Waren zu gewährleisten. Die nunmehr populären Printmedien leisteten ihren Beitrag, diese Einheitlichkeit von Sprache (und diese Normierung der Weltbilder) voranzutreiben.

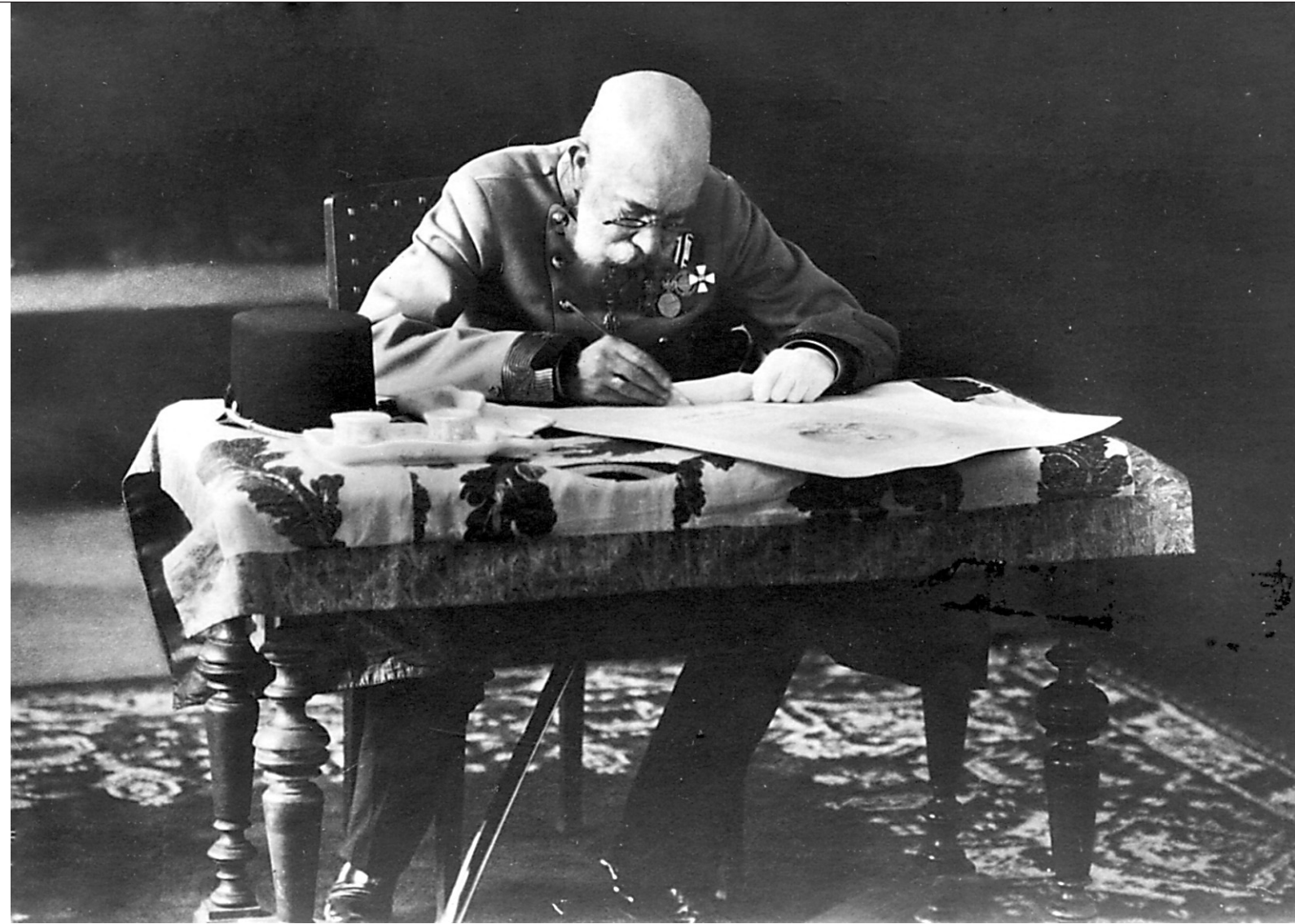
Die Donaumonarchie lag quer zu diesen Bestrebungen, aber im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stellte der Staat „immer häufiger und immer nachhaltiger seine einzigartige Fähigkeit unter Beweis, aus der kulturellen Diversität seiner Völker produktive Kraft zu gewinnen“, wie Pieter Judson, der wohl beste Kenner jener Epoche, schreibt.

Es steht heute außer Frage, dass die kulturelle Hochblüte vor allem der Haupt- und Residenzstadt Wien nicht zuletzt der Vielschichtigkeit der Gemengelage zu verdanken ist, den unterschiedlichsten Quellen, aus denen sich die Musik, die Literatur, ja sogar die Küche speisen konnte. „Traum und Wirklichkeit“, die große Ausstellung, die das historische Museum der Stadt Wien schon 1985 zeigte, führte einem internationalen Publikum vor Augen, dass es der Ambivalenz und Vielschichtigkeit bedarf, um zu einer solchen kulturellen Hochblüte zu gelangen. Aber es geht keinesfalls nur um Wien um 1900, sondern es geht um die Frage, welche Kräfte es waren, die das große Reich entgegen dem damaligen Zeitgeist überleben ließen. Es sind zumindest fünf Komponenten, die den Bestand der Monarchie bis ins 20.

Jahrhundert zu garantieren halfen und die den zentrifugalen Kräften, die es zur Genüge gab, Widerstand leisteten.

Der Kaiser: Vorweg ist der Monarch zu nennen, der Kaiser, der als junger Mann von 18 Jahren im Dezember 1848 auf den Thron gesetzt wurde, weil sein Onkel Ferdinand als zu schwach empfunden wurde (Ferdinand der Gütige wurde im Volksspott „Gütiand der Fertige“ genannt). Und der Vater Franz Josephs hatte verzichtet. Der Kaiser machte jeden Schwenk mit: Regierte er zunächst absolutistisch, machte er nach der Niederlage von Königgrätz den radikalen Kurswechsel zur konstitutionellen Monarchie und zum Ausgleich mit Ungarn mit, der praktisch eine Realunion zweier Staaten schuf. Seine Familiengeschichte, seine Heirat, das tragische Schicksal des be-

Kaiser Franz Joseph I. verstand sich als oberster Beamter seines Reichs
PICTUREDESK



gabten Kronprinzen Rudolf, seine private Bescheidenheit machten ihn zu einer unangreifbaren Vaterfigur, die trotz manchmal problematischer Einflüsterer symbolisch überhöht wurde. Sein Geburtstag war ein Festtag. Streng konservativ verwahrte er sich gegen Umgestaltungen in der österreichischen Reichshälfte. Und in Überschätzung der militärischen Schlagkraft seines Heeres war er es, der mit seiner Kriegserklärung an Serbien den Ersten Weltkrieg auslöste.

Die Bürokratie: Die zweite bewahrende Kraft im Staat war die Bürokratie. Symbolisiert durch die Einheitlichkeit des Erscheinungsbildes bis hin zur lokalen Architektur von Schulen, Bahnhöfen, Kasernen, Gerichten und Verwaltungsgebäuden, hatte sich in der Ausweitung der Verwaltungsaufgaben ein Heer von loyalen Staatsbeamten ausgebildet, bis heute symbolisiert im Bezirkshauptmann Franz Freiherr von Trotta in Joseph Roths „Radetzky-marsch“. Die vielfachen Verdoppelungen der Aufgaben durch die unterschiedlichen Verwaltungsebenen des Staates von der Gemeinde über den Bezirk bis hin zum Kronland und dem Gesamtstaat erzeugten enorme Kosten und forderten daher auch hohe Steuern. Und

Fortsetzung auf Seite 6

100 JAHRE
REPUBLIK



Stichwort:
Kapuzinergruft

Die Kapuzinergruft oder Kaisergruft in Wien ist die Begräbnisstätte der Habsburger. Die Gruft befindet sich am Neuen Markt unter dem Kapuzinerkloster und wird von den gleichnamigen Ordensbrüdern betreut. In der Gruft befinden sich mehr als 150 Persönlichkeiten der Adelsfamilie.

Letzte Ruhestätte der Habsburg-Herrscher: die Kapuzinergruft
APA



Ein kranker Mann an der Donau?

Fortsetzung von Seite 5

sie machten den Mechanismus für den einzelnen Bürger oftmals sehr schwer bis gar nicht durchschaubar. Franz Kafkas literarische Helden scheitern am Versuch, in diesem Dickicht eine höhere Ordnung zu erkennen. Aber der Staat leistete sich nicht nur teure „Parallelaktionen“, er funktionierte tatsächlich auch wegen seines loyalen Beamtenheeres einigermaßen bis hin zum Ersten Weltkrieg.

Das Heer: Seit 1868 war der Militärdienst in der Habsburgermonarchie so geregelt, dass er alle jungen Männer im Alter von 18 Jahren erfasste und drei Jahre dauerte. Hatte man eine Zulassung zum Universitätsstudium, konnte man sich zu einer einjährigen Ausbildung zum Reserveoffizier verpflichten, ein Weg, den auch viele jüdische Männer einschlugen, um später eine Laufbahn als Militärarzt antreten zu können. Die Kommandosprache der österreichischen Armee war Deutsch, die der ungarischen Honved war Ungarisch. Jeder österreichische Rekrut musste bis zu achtzig Kommandos auf Deutsch verstehen lernen, hatte aber das Recht auf Ausbildung in seiner

Landessprache. Der Militärdienst war nicht (nur) unbeliebt, man bekam drei Jahre regelmäßigen Sold und wurde zumindest funktional mehrsprachig. Man kam herum und lernte andere Teile der Monarchie kennen. Und vor allem wurde man in der Loyalität zum Reich und zu seinem Herrscher geschult. So erzeugte man über die allgemeine Wehrpflicht ein übernationales Gefühl für den Gesamtstaat, ein Gefühl, das auch beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges abrufbar war.

Die Sozialdemokratie. Das Entstehen der Massenparteien mit ihrer Propaganda hatte weitgehend den Effekt, die zentrifugalen Kräfte der Monarchie zu befördern, da mit Emotionen gespielt und an nationale Gefühle appelliert wurde. Die Sozialdemokratie und zumindest anfangs auch die Gewerkschaften verstanden sich hingegen als übernational. Am Parteitag in Neudörfel, dem ersten Gründungsversuch der Sozialdemokratie, wurde das Protokoll in Deutsch und Tschechisch verfasst, in der Diskussion konnten beide Sprachen gleichberechtigt verwendet werden.

Man verstand sich als Bewegung, die keine nationalen

oder sprachlichen Trennlinien anerkennen wollte, denn „der Kampf gegen die Ausbeutung muss international sein wie die Ausbeutung selbst“. Mehr noch: Nach der Jahrhundertwende waren es Otto Bauer und Karl Renner, die Bücher zur nationalen Frage verfassten, Bauer theoretisch, Renner mit dem Versuch, das sogenannte „Nationalitätenproblem“ praktisch zu lösen und den Bestand der Monarchie zu sichern. Nationale Rechte sollten nicht an ein Territorium, sondern an die Personen direkt gebunden werden, wie das Ausüben einer Religion. Damit wäre die Sprengkraft der nationalen Frage überwunden, jeder Mensch hätte dann das Recht, überall seine Sprache zu verwenden.

Die katholische Kirche. Das Haus Habsburg und die von ihm regierten Länder verstanden sich weitgehend als katholisch, obwohl seit Joseph II. das Ende der Gegenreformation eingeläutet worden war. Das Toleranzpatent von 1781 ermöglichte es den protestantischen und orthodoxen Kirchen, in Religionsfreiheit ihre Gottesdienste abzuhalten. Ein Jahr später wurde auch den Juden die Freiheit der Religionsausübung zugestanden.

Das Habsburgerreich bis 1918

— Grenzziehung Österreich-Ungarn bis 1918
— Grenze zwischen den beiden Reichshälften

— Heutige Grenzen
— EU-Länder



KLEINE ZEITUNG Quelle: APA

* Dalmatien bei österr. Reichshälfte

1912 erhielt auch der Islam die Anerkennung als Religionsgemeinschaft und als Körperschaft öffentlichen Rechts.

Dennoch blieb die Dominanz des Katholizismus deutlich sichtbar und sie wurde auch durch das Herrscherhaus symbolisiert. Im gesamten Land war es vor allem die Architektur der Kirchen, die zumindest seit der Barockzeit die Stadt- und Dorfbilder prägte und die den jeweiligen Mittelpunkt der Gemeinschaft symbolisierten. Thron und Altar waren, trotz der europaweit einzigartigen Toleranz gegenüber den anderen Religionen, in enger Verknüpfung zu sehen.

Dies stärkte die Verbindungen der Landesteile emotional und optisch. Man erkannte an den Kirchen, dass man in Österreich war. Vor vier Jahren nannte eine Ausstellung im jüdischen Museum von Hohenems die jüdi-

schen Bewohner der Habsburgermonarchie „die ersten Europäer“. Tatsächlich bot die Monarchie eine bis dahin nicht bekannte Möglichkeit, transnationale Netzwerke zu knüpfen, auf Mobilität zu setzen und Diskriminierungen zu entkommen. Bildung und Künste standen offen, der Wissenschaftsbetrieb setzte fast ausschließlich auf Leistung, und selbst beim Militär standen über die militärärztliche Laufbahn die Offiziersgrade offen. Das sich rasch entwickelnde jüdische Bürgertum war die zentrale Trägerschicht nicht nur des ökonomischen Aufschwungs, sondern vor allem auch der künstlerischen Entfaltung. Das Judentum verehrte den Kaiser als Schutzpatron, und wenn man über alte jüdische Friedhöfe, etwa in Czernowitz, geht, kann man deutlich sehen, wie sehr sich die deutsche Sprache durchsetzen konnte und wie

stark man den Traum eines religiös toleranten Lebens in der Habsburgermonarchie verwirklicht sah. Zwar waren die rund zwei Millionen Jüdinnen und Juden mit dem Aufkommen neuer Formen des Antisemitismus konfrontiert, der Kaiser galt aber als der Garant dafür, dass ein freies und unbehindertes Leben in der Monarchie möglich schien. Das „goldene Zeitalter“ wurde durch das Resultat des Ersten Weltkriegs abrupt beendet.

Es steht aber auch außer Frage, dass der Staat nicht den Vorstellungen aller, die in ihm lebten, entsprechen konnte. Zu sehr wurde in den letzten Jahrzehnten der Monarchie klar, dass es Benachteiligungen für jene Menschen gab, die nicht zu den dominanten Nationalitäten zählten. Die Tschechen und auch die Südslawen forderten Rechte, wie sie die Ungarn er-

halten hatten, der Trialismus wurde als Alternative zum Dualismus ins Spiel gebracht. Mancher Mensch im Trentino träumte von der Einheit Italiens, und mancher Angehörige der deutschsprachigen Gruppe hatte den Ausschluss Österreichs aus dem deutschen Einigungsprozess nicht verwunden. An den sogenannten Sprachgrenzen wurde um jede Schule gestritten und spätestens die Badeni-Krise von 1897, als der Regierungschef eine Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren erließ, offenbarte die Unregierbarkeit eines Landes, das in nationale Parteien aufgesplittet war. Oft konnte nur mit Notverordnungen und Sistierungen des Parlaments regiert werden. Die demokratischen Errungenschaften wirkten sich kontraproduktiv auf die Einheit des Landes aus. Dennoch: Heute, beim Versuch von übernationalen Zusammenschlüssen in Europa, blickt man mit anderen Augen auf die Geschichte des Vielvölkerstaates. Vieles hat damals nicht funktioniert und manch dezentrale Tendenz war mit demokratischen Mitteln nicht einzufangen. Aber einiges hat das Zeug dazu, dass man heute noch genauer hinschaut: Dazu zählen die übernationalen Symbole, die religiöse Toleranz und die Korrektheit der bürokratischen Abläufe.

100 JAHRE
REPUBLIK

Stichwort: Kaiser Karl

Karl I., geboren am 17. August 1887 auf Schloss Persenbeug, gestorben am 1. April 1922 in Funchal, Madeira, war von 1916 bis zu seinem Verzicht auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ im Jahr 1918 letzter Kaiser von Österreich.

Österreich war „der Rest“

Das Reich der Habsburger konnte den Großen Krieg nicht überstehen und zerfiel in Nationalstaaten. Viele wollten das bis zuletzt nicht wahrhaben – unter ihnen Kaiser Karl.

Von **Manfried Rauchensteiner**

Im Jahr 1914 wird wohl niemand an die Weissagung des Orakels von Delphi für König Krösos von Lydien gedacht haben. „Wenn du den Halys überschreitest, wirst du ein großes Reich zerstören.“ Am wenigsten war das Kaiser Franz Joseph durch den Kopf gegangen. Doch für seinen Nachfolger, Kaiser Karl I., sollte es sich bewahrheiten. Österreich-Ungarn, das mit seinem Angriff auf Serbien den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatte, krachte Ende 1916 in allen Fugen. Kaiser Karl hatte sich drei Ziele gesetzt: Einen raschen Friedensschluss, die Lockerung der engen Bindung an Deutschland und eine Reichsreform. Bereits im Sommer 1917 war er an allen drei Zielen gescheitert. Militärisch schien die Welt der Habsburger zwar noch in Ordnung und war es auch noch Anfang 1918. Doch man musste nur auf die Reden der Abgeordneten im österreichischen Reichsrat achten, um zu erkennen, dass das Reich der Habsburger den Großen Krieg mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht überstehen würde.

Hoffnungslosigkeit breitete sich aus. Die Rede des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Kongress am 8. Januar 1918 machte alles nur noch schwieriger. Wilson erwähnte in seinen „14 Punkten“

**Kaiser Karl
(links)
schwebte ein
Bund freier
Nationen vor –
doch das war
eine Illusion**

PICTUREDESK

als Punkt 10: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.“ Damit war die Selbstbestimmung ein besonderes Thema geworden, das von allen Kriegführenden aufgegriffen wurde. Die elf Nationalitäten der Habsburgermonarchie machten da keine Ausnahme. War nur zu fragen: Galt das für alle Völker?

Im fünften Kriegsjahr litt man in Österreich-Ungarn Hunger. In einigen großen Städten und Industriezentren der Habsburgermonarchie wurde schon im Jänner begonnen, den Krieg zu bestreiten. Im Februar 1918 war es bei der k. u. k. Kriegsmarine zu Meutereien gekommen. Im April meuterten Truppen im Hinterland. Zwischen 13. und 15. Juni 1918 traten die österreichisch-ungarischen Truppen von den Dolomiten bis zur Adria zu ihrer letzten

Offensive an. Die Alliierten hatten keine Mühe, die anrennenden Armeen abzuwehren. Ab Ende Juni war Österreich-Ungarn als Gegner unwichtig geworden. Und die Abneigung und der lang aufgestaute Hass der Völker der Habsburgermonarchie aufeinander griffen immer weiter um sich. Angesichts der tristen Situation an der Front und im Hinterland versuchte Kaiser Karl, noch im letzten Augenblick eine Lösung zu finden, die den Bestand seines Reiches sichern sollte. Die Antwort des Slowenen Anton Korošec: „Majestät, es ist zu spät.“ Der Kaiser versuchte es dennoch. Am 16. Oktober 1918 erließ Kaiser Karl ein sogenanntes „Völkermanifest“, wonach Österreich-Ungarn als ein Bund freier Nationen fortbestehen sollte. Die ungarische Regierung wusste es allerdings zu verhindern, dass das Manifest auch für ihre Reichshälfte galt.

Das Völkermanifest wurde vielmehr als Freibrief gesehen, dass alle Völker der Habsbur-

germonarchie ihrer Wege gehen konnten. Und die Feindmächte taten alles, um die Zersetzung zu fördern. Am 24. Oktober trat die italienische Armee gemeinsam mit britischen und französischen Truppen zu einer letzten Offensive an. An einen Gegenangriff war nicht mehr zu denken. Nach zwei Tagen begann sich die Front aufzulösen. Endlich fasste auch Kaiser Karl den lange hinausgeschobenen Entschluss, um Waffenstillstand oder Sonderfrieden zu bitten. Doch die Alliierten forderten die bedingungslose Kapitulation.

Österreich-Ungarn sollte zerrümmert werden, sofern es sich nicht von selbst auflöste. Genau das war aber bereits der Fall. Tschechen und Slowaken proklamierten am 28. Oktober ihre Unabhängigkeit. Tags darauf verkündeten Slowenen, Kroaten und Serben die Gründung eines südslawischen Staats. Polen erklärte seine staatliche Einheit und wollte die russischen, deutschen und

österreichischen Teile des bis dahin geteilten Landes zu einer neuen Republik zusammenfügen. Und Ungarn kündigte am 30. Oktober die staatsrechtliche Bindung an Österreich auf.

Am frühen Morgen des 3. November befahl das k. u. k. Armeeoberkommando den österreichisch-ungarischen Truppen die Feuereinstellung, bevor noch der Waffenstillstandsvertrag unterschrieben war. Ob das voreilig oder nachlässig war, ist bis heute umstritten. Unprofessionell war es jedenfalls. Mehr als 300.000 österreichisch-ungarische Soldaten gerieten in italienische Gefangenschaft. Am 3. November 1918, um 15 Uhr, wurde das Waffenstillstandsdokument unterzeichnet. 24 Stunden später trat die Waffenruhe in Kraft. Der Krieg hinkte der politischen Entwicklung um Tage nach.

Schon am 21. Oktober waren im Niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrengasse die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats zusammengekom-

men und sprachen darüber, was sein würde, wenn die Habsburgermonarchie tatsächlich zerfallen sollte. 106 Deutschnationale verschiedener Parteien, 65 Christlichsoziale und 38 Sozialdemokraten sowie ein Freisozialist zogen die Konsequenzen aus der ausweglosen Situation des Reichs und suchten einen Minimalkonsens. Sie erklärten sich als Provisorische Nationalversammlung, wählten einen Provisorischen Staatskanzler, nämlich den Bibliotheksdirektor des Reichsrats, Karl Renner, und wollten sich am 30. Oktober zur nächsten Sitzung treffen.

Am 30. Oktober war es dann tatsächlich so weit: Die Provisorische Nationalversammlung fasste den Beschluss zur Gründung des Staates Deutschösterreich. Um der Notwendigkeit zu entgehen, ein Staatsoberhaupt zu wählen, gewissermaßen einen „Gegenkaiser“, behalf sich die Provisorische Nationalversammlung mit einem besonders mühsamen Konstrukt: Es wurden drei Präsidenten gewählt, die sich wöchentlich in ihrer Funktion ablösen sollten. Draußen vor dem Haus, in der Herrengasse, standen Tausende Menschen Kopf an Kopf. Mehrheitlich wurde gejubelt und „Heil“ gerufen. Man sah schwarz-rot-goldene und rote Fahnen. Ein wenig wurde randaliert.

Am Anfang des neuen österreichischen Staatswesens stand der Irrtum. Man hatte das Kriegsende nicht für den November 1918, sondern für das Frühjahr 1919 erwartet. Es sollte anders kommen. Kaiser Karl hatte sich erhofft, dass Österreich-Ungarn irgendeine Art von Gemeinsamkeit, am besten in Form eines Staatenbundes, beibehalten würde – er irrte. Die deutschen Abgeordneten des Reichsrats befürchteten das totale Chaos im Augenblick des Auseinanderbrechens des alten Staatswesens und suchten nacheinander bei der k. u. k. Ar-

meeführung, bei den Siegermächten und vor allem bei der deutschen Reichsführung Rat und Hilfe. Alle erklärten sich für nicht zuständig.

Der nächste und fundamentalste Irrtum war wohl der, dass sich die deutschen Österreicher der Habsburgermonarchie der Illusion hingaben, ihr Staat würde so klein nicht sein. Daher wurde schon am 30. Oktober im Staatsgrundgesetz aufgezählt, auf welche Gebiete ein deutsches Österreich Anspruch erheben sollte: Deutschböhmen, Deutschsüdböhmen, Deutschsüdmähren, das deutsche Gebiet um Neubistritz (Nová Bystrice), das Sudetenland sowie die deutschen Sprachinseln Brunn (Brno), Iglau (Jihlava) und Olmütz (Olomouc). Auch das erwies sich als falsch. Und obwohl es so nie gesagt worden sein dürfte, galt das Wort des französischen Ministerpräsidenten Georges Clémenceau: Österreich war der „Rest“.

Nach längerem Zögern und vielen Einwänden willigte Kaiser Karl am 11. November ein, einen Verzicht auf die Teilnahme am politischen Geschehen Deutschösterreichs auszusprechen. „Ich verzichte auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften“, hieß es in dem Dokument. Der Kaiser wurde also nicht abgesetzt und des Landes verwiesen, er dankte auch nicht ab, sondern wurde auf eine sehr moderate Art aus dem Geschehen ausgeblendet. Am 12. November 1918 – dem Tag, an dem die Republik tatsächlich proklamiert wurde – hieß es im § 2: „Deutschösterreich ist ein Teil der Deutschen Republik“. Lediglich ein Abgeordneter zögerte, seine Zustimmung zu geben. Der christlich-soziale Wilhelm Miklas hätte die Entscheidung über die Staatsform gerne einer Volksabstimmung unterzogen. Zwanzig Jahre später war er Bundespräsident und sollte den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich vollziehen.

Er weigerte sich.



100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:**
Spanische Grippe

An der Spanischen Grippe starben nach Schätzungen weltweit mehr Menschen als bei den Kampfhandlungen im Ersten Weltkrieg. Sie entwickelte sich in drei Wellen bis 1920 zur schlimmsten Grippe-Pandemie der Geschichte mit 27 bis 50 Millionen, manchen Quellen zufolge sogar bis zu 100 Millionen Toten.

Der Erste Weltkrieg kam mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in der Villa Giusti bei Padua am 3. November 1918 zwar auch für das damalige Österreich zu einem offiziellen Ende. Dieses Datum markiert jedoch nicht einfach den Beginn einer Befriedung und Normalisierung der Verhältnisse. Denn der Krieg beziehungsweise die durch ihn in Gang gesetzte „Entfesselung bis dahin ungekannter Zerstörungsgewalt“ (Bernd Weisbrod) gingen in vielerlei Hinsicht weiter – vor allem auf der Ebene des Alltags.

Da waren zum einen die schier unzähligen Situationen der Trennung und des definitiven Verlusts nahestehender Menschen, was ungeachtet eines öffentlich gestalteten, tendenziell heroisierenden Gedenkkults kaum je bewältigt werden konnte. Zahlenangaben, die in der Fachliteratur oft voneinander abweichen, weil sie nie mehr genau fixiert werden können, machen das nur in Ansätzen deutlich: Zumindest etwa 1,2 Millionen, wenn nicht – nach früheren Schätzungen – bis zu 1,46 Millionen Soldaten aus Österreich-Ungarn hatten den Krieg nicht überlebt, davon stammten aus dem damaligen Österreich (Cisleithanien) schon bis Ende 1917 rund 650.000 Männer, und alles in allem vermutlich fast 200.000 aus den dann zur Ersten Republik gehörenden Gebieten. Sie hinterließen dort etwa 120.000 Hinterbliebene, das heißt vor allem Kriegswitwen und -waisen.

Mehr als 140.000 „Kriegsbeschädigte“ galt es staatlicherseits ebenfalls zu unterstützen, sie konnten nur teilweise wieder in ein Arbeitsverhältnis integriert werden. Ihre körperlichen Verstümmelungen und ihr oftmaliges Elend waren im städtischen wie ländlichen Alltag unübersehbar, sie hielten so auch in der Nachkriegszeit die Erinnerung an den Krieg

wach. Doch auch für die im Zuge der vielerorts chaotisch verlaufenden Demobilisierung der k. u. k. Armee körperlich unversehrten Heimkehrer gestaltete sich die gesellschaftliche Integration vielfach schwierig. Das gilt nicht nur für die Soldaten selbst, sondern auch für Militärärzte, in Kriegsspitalern oder Lazaretten unterschiedlichster Art ebenfalls tätig gewesene Ärztinnen und Zehntausende von Kriegskrankenpflegerinnen sowie die seit 1917 rekrutierten „weiblichen Hilfskräfte der Armee im Felde“, die oft ebenso in den Operationsgebieten gearbeitet hatten. Sie trafen in der Heimat, so nicht an eine frühere Berufstätigkeit angeknüpft werden konnte, auf einen durch steigende Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Arbeitsmarkt, an dem in Entsprechung Interessens- und Geschlechterkonflikte heftiger denn je ausgetragen wurden. Zudem hatten sich die Konstellationen in vielen Familien geändert, was eine Kommunikation über die oft traumatisierenden Erfahrungen im industrialisierten Krieg wohl zusätzlich erschwerte. Die meist jahrelange Trennung setzte zu; so kannten viele Kinder ihren Vater nicht oder hatten sich, wie wir etwa auch aus Kindheitserinnerungen wissen, diesem „entfremdet“.

Auch viele Ehepaare mussten sich wieder aneinander gewöhnen, vor allem wenn sie angesichts der Kriegssituation rasch geheiratet hatten, Männer mit einer erhöhten Selbstständigkeit der Frauen nicht zurechtkamen oder im Laufe eines langen Kriegseinsatzes überhaupt den Bezug zur veränderten Heimat verloren hatten. Das gilt ähnlich für die geschätzten 2,77 Millionen Kriegsgefangenen aus der Habsburgermonarchie, die zu etwa drei Vierteln in russischen, aber auch in italienischen, serbischen, französi-

Zerrüttete Familien, die zusammenfinden mussten. Armut und Elend, die es zu überwinden galt. Von der Mühsal des Neubeginns.

Von Christa Hämmerle

schen und rumänischen Lagern stationiert waren und – so sie nicht zu den in der obigen Zahl nicht inkludierten, rund 453.000 in Kriegsgefangenschaft gestorbenen Männern zählten – vielfach erst 1921/22 zurückkehrten. Dennoch waren es letztlich vor allem familiäre beziehungsweise verwandtschaftliche Solidargemeinschaften, die in dieser Situation eine hohe Integrationsleistung erbrachten – auch bei ehemaligen Berufsoffizieren, für die nach Kriegsende zu-



Alltag in der Zeitenwende

Unterernährt: Öffentliche Auspeisungen waren für viele Kinder oft die einzige Mahlzeit am Tag

PICTUREDESK

nächst alles verloren schien. Sie wurden für die Katastrophe verantwortlich gemacht und im Zuge ihrer Heimkehr vielfach öffentlich gebrandmarkt, was im Privaten als entehrende Degradierung und Schande wohl lange nachwirkte, selbst wenn ihnen zusätzlich Kameradschaftshilfe zukommen mochte, die ihre Situation allmählich verbesserte. Die meisten Menschen beschäftigte in der unmittelbaren Nachkriegszeit aber vorrangig anderes. Denn das Kriegsende brachte kein Ende

des Mangels, des Frierens, des Hungerns. Das trifft nicht nur auf die Arbeiterschaft oder gesellschaftliche Unterschichten insgesamt zu; auch der Mittelstand war verarmt, die gezeichneten Kriegsanleihen allesamt wertlos geworden und die Inflation blieb bis 1922 hoch. Dabei verschlechterte sich die Versorgung mit notwendigen Bedarfsgütern und Lebensmitteln vielerorts noch, da es nun, bedingt durch den Zerfall der Monarchie, zum Wegfall von Lieferungen aus Ungarn, aber auch aus

dem nunmehrigen Polen oder der Tschechoslowakei kam und die österreichische Landwirtschaft keine Ressourcen mehr hatte. Angesichts dieser Not blieben Rationierungsmaßnahmen fast überall bis in die frühen 1920er-Jahre hinein aufrecht, und man musste sich weiter anstellen, um zugeteiltes Essen und andere Waren zu bekommen. Oder man ging Hams tern, tauschte, was möglich war, gegen Brot, Fleisch, Gemüse bei den Bauern, denen daher noch lange nachgesagt wurde, dass sie „Kriegsgewinnler“ seien. Trotzdem blieb der Gesundheitszustand vieler Menschen extrem schlecht.

Es grassierten Krankheiten und Todesfälle, vor allem durch die Spanische Grippe, die allein in Wien vom dritten Quartal 1918 bis zum dritten Quartal 1919 offiziell in rund 4500 Fällen, unter Hinzunahme der im selben Zeitraum an einer Lungenentzündung Verstorbenen sogar bei doppelt so vielen Personen tödlich endete; in ganz Österreich sollen es zwischen 30.000 und 40.000 Menschen gewesen sein. Außerdem starben allorts noch immer mehr Menschen als vor dem Krieg an Tuberkulose, viele Kinder litten an Rachitis oder anderen Mangelerscheinungen.

Beobachter waren alarmiert über deren schlechten Gesundheitszustand und die dramatisch zunehmende Sterblichkeit unter Kindern und Jugendlichen – wiederum vor allem, aber nicht nur, in Wien, wo sich zum Beispiel bei einer Untersuchung von 56.844 Schulkindern zeigte, dass 91 Prozent davon unterernährt waren. Wenig verwunderlich reagierten die Menschen auf all das auch mit Protest, selbst wenn die Rätebewegung der ersten Monate nach Kriegsende in den meisten Regionen Österreichs keine breite Akzeptanz in der Bevölkerung fand. Über ihr Abebben hinaus kam es immer wieder zu Hungerkrawallen oder Teuerungs-

demonstrationen und anderen öffentlichen Aktionen bis hin zu Plünderungen, an denen, wie schon im Krieg, nicht zuletzt viele Frauen und Kinder teilhatten – und zwar wiederum auch in ländlichen Gebieten.

Dagegen halfen selbst die mehr oder weniger rasch in Gang gesetzten, zum Teil gezielt auf die Herstellung politischer Ruhe und Ordnung zielenden Hilfsprogramme zunächst wenig. Sie blieben dann gleich für einige Jahre in Österreich aufrecht, wie das umfassende Programm des Obersten Rats der Alliierten unter der Leitung des späteren US-Präsidenten Herbert Hoover, über das allein 1918/19 Lebensmittel und Kleider im Wert von rund 100 Millionen Dollar gespendet wurden, oder eigene Hilfsmaßnahmen der Quäker aus den USA und England, die 1919 nach Wien kamen und hier zuerst Kinder und junge Mütter, dann auch die breitere Bevölkerung und Spitäler mit Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen und Geld unterstützten.

Andere „Auspeisungen“ wurden durch die „Amerikanische Kinderhilfsaktion“ ebenfalls im Rahmen der „American Relief Administration“ ermöglicht, daneben gab es angesichts der dramatischen Situation weitere eigene „Kinderhilfsaktionen“. Diese knüpften indirekt an von Österreich-Ungarn selbst schon in der letzten Kriegszeit organisierte Maßnahmen zur Verschickung von hungernden Kindern aus der Stadt aufs Land oder in die Schweiz an, was nun auf eine Reihe anderer neutraler Länder ausgeweitet wurde. Neben der Schweiz waren dies die Niederlande, Schweden und, einer privaten Initiative folgend, Dänemark.

Allein in dieses Land sollen im Zuge der „dänischen Kinderhilfsaktion für Wien“ von November 1919 bis September 1920 rund 12.000 Kinder, viele davon mehrfach, geschickt worden sein, um in Pflegefamilien wieder zu Kräften zu kommen.

100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:**
k. u. k. Armee

Die Armee des Habsburgerreiches war auf den Ersten Weltkrieg nur unzureichend vorbereitet – unter anderem sollte die Reform des Militärs erst 1917/18 abgeschlossen sein. Auch mit dem Fokus auf die Infanterie geriet die Armee im „modernen“ Krieg schnell ins Hintertreffen.

Die erste österreichische Republik ist aus einer politischen und militärischen Katastrophe unvergleichbaren Ausmaßes hervorgegangen, aus dem Zusammenbruch der alten, übernationalen habsburgischen Reichsidee. 1918 ist mit dem Ende des Ersten Weltkriegs auch das Ende der drei großen europäischen Dynastien der Romanows, der Hohenzollern und der Habsburger gekommen. Die im Stahlgewitter des ersten modernen, industrialisierten, globalen Maschinenkriegs erschütterten und traumatisierten Massen gingen daran, althergebrachte Welt- und Gottesordnungen zu stürzen, Jahrhunderte währende soziale Hierarchien und Autoritäten abzuschießen und Neues an ihre Stelle zu setzen.

Die militärische Demobilisierung sollte sich als ein zentrales Moment der politischen Revolution erweisen, und in den vier Tagen vom 28. bis 31. Oktober 1918 vollzog sich dann, mit dem Zusammenbruch der Armee, die Auflösung der Monarchie. Es waren nationale und demokratische Revolutionen, die die Nachfolgestaaten etablierten und zugleich die Massen der Arbeiterschaft und der zurückkehrenden Frontsoldaten mobilisierten. Ausgehend von der großen Manifestation des 30. Oktober in Wien kündigte sich in täglichen,

stürmisch verlaufenden Soldatendemonstrationen ein radikaler Umbau des sozialen Gefüges des Staates an. Die für diesen Tag einberufene Provisorische Nationalversammlung hatte einen von Karl Renner konzipierten Beschluss über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt gefasst: eine erste, provisorische republikanische Verfassung. Mit sofortiger Wirkung wurden die Aufhebung der Militarisation der Betriebe, die Wiederherstellung der Pressefreiheit und die Amnestie für politische Delikte beschlossen.

Am 11. November 1918 stimmt dann der letzte Habsburger der Veröffentlichung einer in ihren zentralen Passagen von dem Sozialdemokraten Renner und dem Christlichsozialen Ignaz Seipel verfassten Verzichtserklärung zu. Zugleich beschließt der seit Ende Oktober unter dem Vorsitz des späteren Wiener Bürgermeisters Karl Seitz amtierende Staatsrat, tags darauf die Provisorische Nationalversammlung zu ihrer dritten Sitzung einzuberufen. Der einem Entwurf Renners folgende Gesetzesbeschluss des 12. November erklärt Deutschösterreich zur demokratischen Republik. Die Vorrechte der Familie Habsburg wurden aufgehoben, alle auf politischen Privilegien beruhenden Körperschaften aufgelöst. Alle Rechte des Kaisers wurden dem

Staatsrat übertragen, die Wahl einer Konstituierenden Nationalversammlung und die Neuwahl der Landes- und Gemeindevertretungen aufgrund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts angeordnet. Schließlich bestimmte, im Sinne eines von den Sozialdemokraten im Staatsrat eingebrachten und mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommenen Antrags, der Artikel 2 des Grundgesetzes: „Deutschösterreich ist Bestandteil der Deutschen Republik.“ Vor diesem Hintergrund entfaltet sich die österreichische Revolution als eine vornehmlich politische Revolution, als ein Prozess der De-Feudalisierung, dem Momente des sozialen Umsturzes und des spektakulären Eintritts der Massen in die Geschichte unterlegt sind – und der daraus seine weitere Dynamik gewinnt.

Als die Front sich in einem in der neueren Kriegsgeschichte unvergleichlichen Schauspiel auflösen begonnen hatte, die Mannschaften jedweden weiteren Gehorsam verweigerten, die Etappentruppen sich in voller Anarchie befanden, die chaotisch rückwärtsdrängenden Soldatenhaufen Depots plünderten, sich der Eisenbahnzüge bemächtigten und die Heimfahrt erzwangen – in diesem Moment waren Nie-

derlage und Revolution unlösbar ineinander übergegangen. Aus dem Krieg gewachsen, ging der revolutionäre Umbruch weniger von den Fabriken als vielmehr von den Kasernen aus.

Selbst die Offiziere wurden in immer größerem Ausmaß von der Bewegung erfasst; sie haben in den revolutionären Unternehmungen der Umsturztage in Wien wie auch in Budapest eine hervorragende Rolle gespielt. Und wo bis vor Kurzem Rekrutierungen und Musterungen stattgefunden hatten, tagten nun die leidenschaftlichen Massenversammlungen der revolutionären Soldaten.

Von Russland-Heimkehrern geführte Trupps organisierten sich in einer Roten Garde, zogen bewaffnet durch die Stadt, beschlagnahmten Kraftwagen und Lebensmittelvorräte. Von der zukunftsweisenden Entschlossenheit des Bolschewismus und seinem aktionistischen Putschismus faszinierte Intellektuelle wie Egon Erwin Kisch oder Franz Werfel wandten sich der Roten Garde zu. Kriegsverwilderung, Hunger, Kleinkriminalität nutzten die Selbstauflösung der Garnisonen. Unter die „wild erregten“ Heimkehrer, schreibt Otto Bauer in einer grandiosen Bestandsaufnahme aus dem Jahre 1923, unter die verzweifelte Arbeitslosen, unter die „von der Roman-

tik der Revolution erfüllten Wehrmänner“ hätten sich die Invaliden des Krieges, die ihr Schicksal an der schuldigen Gesellschaftsordnung rächen wollten, ebenso gemischt wie „Intellektuelle und Literaten aller Art“ und aus Russland zurückgekehrte „Agitatoren des Bolschewismus“. Die Situation schien dramatisch, die politische in eine soziale Revolution umzuschlagen. Gleichwohl wurde die Republik nicht von „der Straße“ proklamiert.

Die soziale Unruhe, die Erregung, die elementare Bewegung, die die Massen ergriffen hatte, fand in einer gewaltigen Demonstration ihren signifikanten Ausdruck. Während am 12. November die Provisorische Nationalversammlung tagte und über Anordnung des Staatsrates zum ersten Mal die rot-weiß-rote Fahne der Republik gehisst wurde, rissen Kundgebungsteilnehmer das Weiße aus dem Fahmentuch. Kurz darauf stürzten kommunistische Soldaten in Richtung Parlamentstor und begannen mit einer ziellosen Schießerei, die zwei Menschen das Leben kostete, sonst aber weitgehend folgenlos blieb.

Es ist eine instinktive, elementare, archaische Bewegung, die sich ausgehend von den Kundgebungen der unmittelbaren Umsturzzeit entwickelte; sie sollte bis in den Sommer 1919 hineinwirken. Zugleich war das soziale Elend allumfassend und hatte im Verband mit den traumatischen Erfahrungen aus dem industrialisierten Massenkrieg begonnen, zivilisatorische Hemmungen und gesellschaftliche Tabus einbrechen zu lassen. Die Verzweiflung der Menschen wurde beim sogenannten Gründonnerstag-Putsch der Kommunisten am 18. April 1919 deutlich: Die Demonstranten hatten sich auf die gefallenen Pferde der Sicherheitswache gestürzt und aus den noch warmen Körpern der toten Tiere Fleischstücke gerissen. In dieser dramatischen Situation versuchte die sozialdemokratische Arbeiterpartei, revolutionäre Energien in eine Strategie der Durchsetzung umfassender Sozialreformen und der Wiederherstellung der Produktion zu transformieren. Es war der beachtenswerte Versuch der Etablierung einer dem Vorbild des jakobinisch-republikanischen Staates der Fran-

zösischen Revolution entsprechenden und den Bedingungen moderner Industriegesellschaften angepassten sozialen Republik. Das korrespondierende Wirtschaftsmodell sah weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen im Sinne genossenschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln vor.

Die Bestimmungen des Friedensvertrags von Saint-Germain haben derlei Konzepte obsolet werden lassen. Die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts und die wirtschaftlichen Sanktionen zeitigten fatale Konsequenzen und haben die Rahmenbedingungen innenpolitischen Handelns dramatisch verändert. Am 17. Oktober 1919 ratifizierte die konstituierende Nationalversammlung den Friedensvertrag. Es ist dies nicht nur der Tag des Rücktritts der ersten Koalitionsregierung; es bezeichnet dieser Tag zugleich das Ende der österreichischen Revolution.

Die österreichische
Revolution

Innerhalb weniger Tage löste sich die Habsburgermonarchie auf. Der Zusammenbruch der Armee hatte großen Anteil daran.

Von Wolfgang Maderthaner



Aufbruch nach dem Zusammenbruch:
die Demobilisierung der Truppen

PICTUREDESK (2)



100 JAHRE
REPUBLIK

Stichwort: Linzer Programm

Das Linzer Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei galt vom 3. November 1926 bis zum Verbot der Partei am 12. Februar 1934. Es beinhaltete sozialpolitische aber auch marxistische und klassenkämpferische Punkte.

Entwürfe für die schwierige Zukunft

Zu Beginn der Ersten Republik wurden soziale Meilensteine gesetzt, doch die politischen Gegensätze spitzten sich zu.

Von Barbara Thosold und Helmut Wohnout

Österreich war zum Kleinstaat geworden, demokratische Politik war Neuland. Wirtschaftlich hätte dieses Land stark sein können, vereinte es doch Hauptzentren der Produktion, unter anderem für Eisen und Stahl, Lokomotiven, Autos und Papier, aus der Monarchie auf seinem Staatsgebiet und konnte sich auch mehr als ausreichend mit den notwendigen Rohstoffen versorgen. Doch die von den nun ebenfalls selbstständigen Nachbarstaaten errichteten Zollschränken entzogen der Industrie die Absatzmärkte.

Der pessimistischen Tendenz zum Trotz machten am 16. Februar 1919 immerhin 84,4 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem freien demokratischen Stimmrecht Gebrauch. Erstmals auch die Frauen. Nach jahrzehntelangem Kampf war ihnen am 12. November 1918 das Recht auf aktives und passives Wahlrecht zugestanden worden – lange bevor Großbritannien, Frankreich, Italien oder die Schweiz so weit waren. Als stimmenstärkste Partei ging die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) mit 72 Mandaten (40,8 Prozent) aus dieser Wahl hervor, gefolgt von den Christlichsozialen mit 69 Mandaten (35,9 Prozent) und dem deutschnationalen Lager mit 27 Manda-

ten (20,8 Prozent). Insgesamt schafften 19 Listen den Einzug in die Konstituierende Nationalversammlung.

Politisch geprägt war diese erste Phase der jungen Republik von der sehr produktiven Arbeit insgesamt dreier Koalitionsregierungen unter der Führung der SDAP – zuerst als Regierung aus allen drei großen politischen Lagern. Nach den Wahlen von 1919 wurde die Regierung zwei Mal gemeinsam mit den Christlichsozialen gebildet. Mit starkem sozialen Engagement gelang es innerhalb kurzer Zeit, Meilensteine auf dem Weg zum modernen Sozialstaat zu setzen. Große Errungenschaften waren unter anderem: der kollektivvertraglich garantierte Mindestlohn, die Einführung der Arbeitslosenversicherung, der Acht-Stunden-Tag, die Regelung für die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, die Schaffung eines Betriebsrätegesetzes, die Gründung der Arbeiterkammern sowie die Durchführung einer Schul- und einer Heeresreform. Die Zusammenarbeit dauerte bis zum Frühjahr 1920. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die Gegensätze zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Lager zu, was sich durch die gesamte Zwischenkriegszeit zog.

Die Sozialdemokraten waren die Ersten, die mit einem klaren Programm aufgetreten sind. Erklärte Ziele waren die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten, die Schaffung einer parlamentarischen Republik auf demokratischer Basis und der Anschluss an Deutschland. Diesem klaren Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie stand in der Programmatik eine demokratisch legitimierte Überwindung des kapitalistischen Systems samt Errichtung einer proletarischen Herrschaft gegenüber.

Im Linzer Programm aus dem Jahr 1926 wurden ungleiche Besitzverhältnisse und fehlender Zugang zu höherer Bildung für die werktätigen Massen angeprangert. Die Beschränkung des Einflusses der katholischen Kirche war darüber hinaus ein Programmpunkt der SDAP. Die im Programm ebenfalls verankerte Forderung nach einem Anschluss Österreichs an Deutschland wurde nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 gestrichen.

Ab 1890 entwickelte sich aus vorwiegend bürgerlich-katholischen Gruppierungen schrittweise eine christlichsoziale Bewegung. Ihr schlossen

Frauen durften
im Jahr 1919
zum ersten Mal
wählen
PICTUREDESK



sich zu Beginn Handwerker, kleine Gewerbetreibende, niedere Klerus und kleine bis mittlere Beamte an, später dann die besitzende Schicht der „Hausherren“ und Mitglieder der Industrie- und Bankkreise. Weltanschaulich war zumindest in Wien auch Platz für gemäßigte deutschliberale Kräfte, solange sie loyal zur Monarchie agierten. Mit dem Ausgreifen der Christlichsozialen in den ländlichen Bereich kamen auch Bauern dazu. Soziale Reformpläne entwickelten sich schon während der Monarchie basierend auf ethisch-religiösen Ideen. Man war schwarz-gelb. Ab dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs standen die Christlichso-

zialen voll hinter dem Kriegsbündnis mit Deutschland. Die Entscheidung für die Republik wurde für die Christlichsozialen zur Zerreißprobe. Doch stellte sich die Mehrheit der Partei im November 1918 auf den Boden der neuen politischen Realität. Unmittelbar nach Kriegsende entwickelte die Christlichsoziale Partei ein bemerkenswert weit nach links gehendes sozialpolitisches Profil. Obwohl die Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nur kurz gedauert hat, ist es gelungen, soziale Erfolge für die Menschen zu erringen, die in ihren Grundlagen in Österreich heute noch gültig sind. Ein Hauptpunkt der Politik

der Christlichsozialen war ab 1920 der Erhalt der privilegierten Stellung der Kirche. Dabei standen die Kongrua (Bezahlung der Priester durch den Staat), die Ehe und das Schulwesen im Mittelpunkt. Gleichzeitig wurde die Förderung der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes nicht aus den Augen gelassen. Als 1922 der Staatsbankrott drohte, erzielte die von den Christlichsozialen geführte Regierung einen für Österreich lebensretenden Erfolg, wenngleich unter drückenden Auflagen und dem neuerlichen Verzicht auf den Anschluss. Mit der Völkerbundhilfe gelang es, die junge Republik für eine gewisse Zeit zu stabilisieren.

Von den Sozialdemokraten und Christlichsozialen wurden die Deutschnationalen lange unterschätzt. Vielleicht auch deshalb, weil sie in der ersten schwierigen Phase der Gründung der Republik und während der Friedensverhandlungen gar kein Interesse an einer Mitsprache in der Regierung zeigten. Im klein gewordenen Land gab es auch kaum noch nationale Reibungsflächen, die Gruppierung selbst war inhomogen und organisatorisch zersplittert. Das deutschnationale Lager entwickelte sich jedoch zunehmend zu einer entscheidenden politischen Kraft. Ganz besonders nach dem Zusammenrücken von 17 verschiedenen Parteien und Gruppen, aus denen die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund als die parlamentarisch bedeutsamsten Fraktionen herausragten, waren die Deutschnationalen ab den 1920er-Jahren mehrfach Regierungspartner der Christlichsozialen.

Ideologisch geprägt war man von der Idee eines zumindest künftigen Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich und vom völkischen Gedanken. Vor allem die nationalliberale, antiklerikale bürgerliche Mittelschicht, die nach dem Zerfall

der Monarchie durch den Verlust von Einfluss und Wohlstand an den gesellschaftlichen Rand gedrängt war, fand hier rasch ihren politischen Anker. Auch weite Teile der Beamten-schaft standen den Deutschnationalen näher als anderen Parteien. Später kamen Aristokraten, Großgrundbesitzer und Industrielle dazu. Das Verhältnis zur Heimwehrbewegung war ambivalent. Als bürgerliche Wehrformation geschätzt, entwickelte sie sich ab dem Erscheinen der Heimwehr auf der parlamentarischen Bühne mehr und mehr eine Feindschaft. Mit dem Erscheinen der Nationalsozialisten erwuchs den Deutschnationalen ein politischer Mitbewerber, an den sie zunehmend Stimmen verloren.

Zu Kriegsbeginn hatten sich die Sozialdemokraten hinter das Herrscherhaus gestellt. Doch bei Weitem nicht alle waren bereit, den Krieg zu unterstützen. So entstanden noch in der Monarchie Splittergruppen, aus denen sich nach Kriegsende eine der ersten kommunistischen Parteien außerhalb Russlands bildete. Anfangs war der Zuspruch zu den Kommunisten durch bisherige und neue unterprivilegierte Schichten und vor allem durch radikalisierte Arbeiter relativ groß. Eine Rolle spielten auch Heimkehrer aus der russischen Gefangenschaft. Die Sozialdemokratie verstand es allerdings, sich in ideologischen Fragen weit links zu positionieren. Damit gelang es den Kommunisten in Österreich nicht, politisch einflussreich Fuß zu fassen.

Die Erste Republik war während ihres gesamten demokratischen Bestehens von Selbstzweifeln und politischer Unsicherheit erfüllt. Nach 640 Jahren habsburgischer Herrschaft suchte das kleine Land nach einer neuen Identität und wusste nicht, ob es sich seiner republikanischen oder seiner imperialen, seiner österreichischen oder seiner deutschen Orientierung zuwenden sollte.

100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:
Frauenpolitik**

Zwei wichtige frauenpolitische Forderungen haben sich in Österreich erst im Jahr 1975 erfüllt: die Umwandlung des patriarchalen Ehemodells in ein partnerschaftliches Ehemodell und die Fristenregelung sowie der straffreie Abbruch einer Schwangerschaft bis zum dritten Monat.

Sehen wir doch, wie schwer es heute erwachsenen Männern wird, sich in den Gedanken hineinzuversetzen, dass die Frau wirklich gleichberechtigt, gleichbefähigt ist“, stellte die sozialdemokratische Abgeordnete Therese Schlesinger am 29. April 1920 in der konstituierenden Nationalversammlung fest. Die österreichische Revolution und die Gründung der demokratischen Republik Österreich am 12. November 1918 bedeuteten eine tiefgreifende gesellschaftspolitische Zäsur, die nicht nur das politische System und seine Institutionen, sondern auch die Mentalitäten der Menschen in einer ganz speziellen Weise herausforderten. Im Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs wurde die Ausschluss-Kategorie Geschlecht abgeschafft und Frauen wurden wahlberechtigt – Prostituierte erst nach der Verabschiedung der Bundesverfassung 1920. Mit der Reform des Vereinsrechts am 30. Oktober 1918 und der Abschaffung des diskriminierenden § 30 konnten sich Frauen erstmals – monogeschlechtlich oder gemeinsam mit Männern – in politischen Vereinen und Parteien organisieren.

Die Einführung des Frauenwahlrechts war eine umstrittene Sache. Von den etablierten politischen Parteien hatte allein die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) seit 1891 das allgemeine, gleiche, aktive und passive Wahlrecht „ohne Unterschied des Geschlechts“ im Parteiprogramm verankert. Ihrer Funktion als Ordnungsmacht in der sozialrevolutionären Situation seit 1917/18 waren diese grundlegenden gesellschaftspolitischen Änderungen zu verdanken – in Korrespondenz mit den langjährigen Forderungen und Kampagnen der bürgerlich-liberalen und der sozialdemokratischen Frauenbewegungen, die nicht nur in der

Der lange Marsch zur Gleichheit

Arbeit, Bildung, Wahlrecht: Die politischen Veränderungen für Frauen waren hart erkämpft.

Von Gabriella Hauch



Habsburgermonarchie, sondern auch international vernetzt durchgeführt wurden. Im Kontext von Kriegsende, Zusammenbruch der Monarchie und Hungersnot wurde das Thema Frauengleichberechtigung nicht zentral in der Öffentlichkeit verhandelt, und die Haltung der Christlichsozialen Partei (CSP) und der deutschnationalen Großdeutschen blieb bis zum Herbst 1918 skeptisch bis ablehnend.

Erst die Einsicht, dass durch die große Masse der katholisch gesinnten und organisierten Frauen in ländlichen Gebieten Österreichs vor allem die CSP davon profitieren würde, leite-

te einen Stimmungsumschwung ein. Das heißt, die weitverbreitete Erzählung, das Wahlrecht sei die Belohnung der Frauen für ihren Einsatz an der „Heimatfront“, hält der wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand.

Vielmehr ist festzustellen, dass die Einführung des Frauenwahlrechts nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in Österreich, Deutschland, der Tschechoslowakei, Polen etc. vor allem Länder traf, die zu den sogenannten Kriegsverlierern zählten, von sozial(revolutionär)en Unruhen betroffen waren und in denen eine politische Organisation zentral

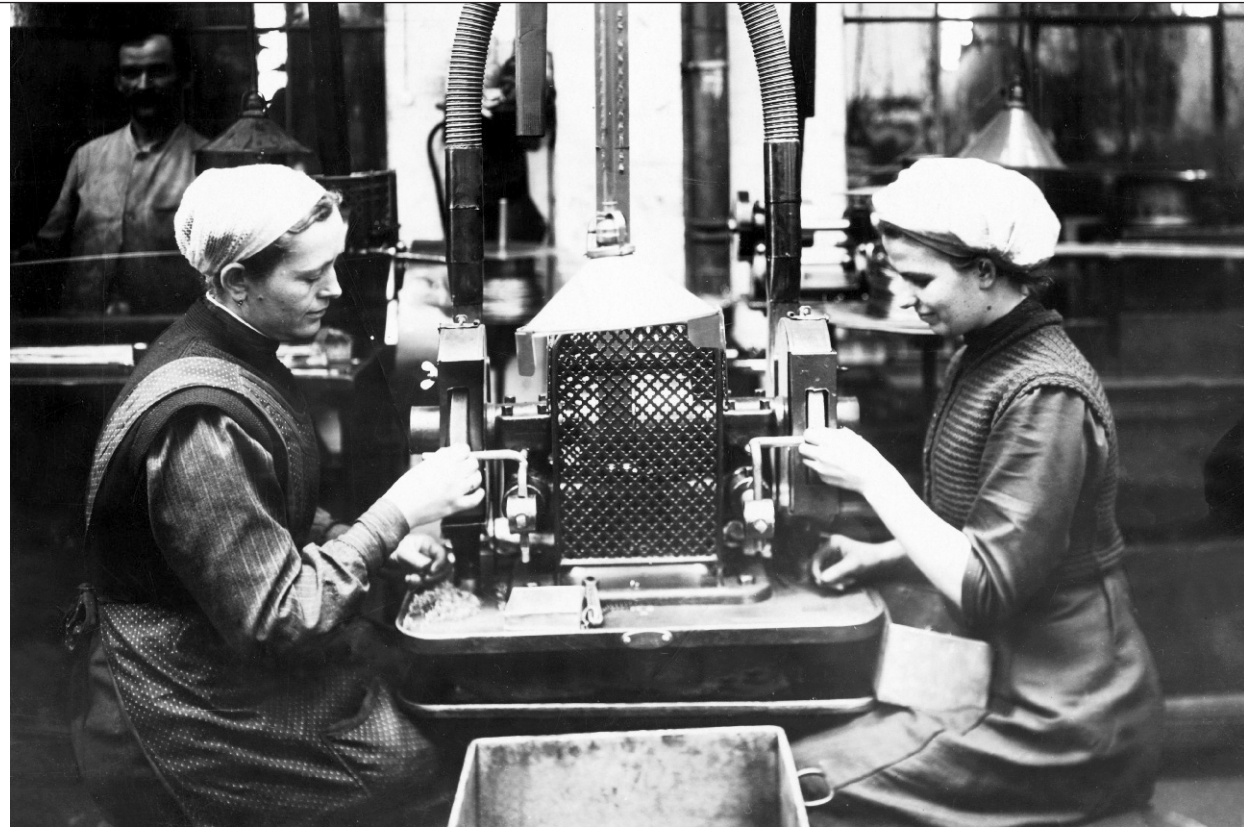
agiert, die das Frauenwahlrecht im Parteiprogramm verankert hatte. Nicht geändert wurden in der jungen Republik etliche andere Frauen diskriminierende Gesetze und Bestimmungen.

Die bürgerliche Moderne war zwar angetreten, eine gerechtere Welt zu schaffen, in der Konkretisierung machten Freiheit und Gleichheit jedoch weiterhin an den Geschlechtergrenzen halt. Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 bestimmte den Mann zum Haupt der Familie; Mädchen wurden nun zwar auch an staatlichen Gymnasien aufgenom-

men und alle Fachrichtungen auf den Universitäten für Studentinnen geöffnet (bis auf Theologie), aber viele Berufsausbildungen waren ihnen nach wie vor verschlossen. Die 1918 eingesetzte „Kommission für Frauenarbeit“, gebildet aus Vertreterinnen verschiedenster Organisationen, von der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs bis zur Gewerkschaftskommission, sollte sich Gedanken über den Abbau der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie machen, um für die heimkehrenden Krieger (relativ gut bezahlte) Arbeitsplätze bereitstellen zu können. Besonders perfide lautete die in

der Kommission, aber auch in der medialen Öffentlichkeit prolongierte Begründung, es ginge um den Schutz der „Weiblichkeit“ in Form des Arbeiterrinnenschutzes, etwa um das Nachtarbeitsverbot für Frauen. Zweifellos sozialpolitisch anstrebende Ziele, hier wurden sie ausschließlich unter dem Gesichtspunkt „Abbau der Frauenarbeit“ diskutiert.

Ein Familienmodell, wie es im ABGB festgeschrieben war, das einen männlichen Familienerhalter (male bread winner) vorsah und nur für eine sehr kleine Gesellschaftsschicht gültig war, wirkte auch in den Sozialgesetzgebungen der Konstituie-



Im Krieg waren Frauen auch in der Industrie sehr gefragte Arbeitskräfte. Nach dem Krieg mussten sie den zurückgekehrten Männern weichen. Links: die ersten Frauen im österreichischen Parlament 1919 PICTUREDESK (3)

renden Nationalversammlung 1919/20 als Resonanzboden. Zwar wurden Frauen nicht mehr explizit per Geschlecht benachteiligt, aber die Geschlechterverhältnisse wirkten nun strukturell weiter, man könnte sagen unsichtbar, falls nicht explizit danach gefragt/geforscht wird (das gilt bis ins 21. Jahrhundert, etwa für die Ursachen des gender gap in der Lohnfrage). Zum Beispiel wurde im Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1919 allen die Unterstützung entzogen, die vor dem Ersten Weltkrieg nicht unter die Krankenversicherungsgesetzgebung gefallen waren, was vor allem die Erwerbstätigkeit von Frauen betraf oder bestimmte Berufe, die keine starken Gewerkschaften hinter sich hatten, wie Blumenmacherinnen, Hemdennäherinnen, Kaffeehausköchinnen etc. Politikerinnen aller Parteien suchten diesen Missständen entgegenzuwirken. Bei den ersten Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 stellten Frauen 52,16 Prozent der Wahlberechtigten, 82,10 Prozent betrug der wählende Frauenanteil, 86,97 Prozent der der Männer; acht Sozialdemokratinnen und eine christlichsoziale Abgeordnete wurden gewählt.

Zahlenmäßig am meisten Frauen im Nationalrat der Ersten Republik gab es in der Legislaturperiode von 1920 bis 1923, insgesamt zwölf, acht Sozialdemokratinnen, zwei Christlichsoziale und zwei deutschnationale Großdeutsche (GDVP). Das mag nach wenig klingen, ist aber eine Zahl, die erstmals in den 1970er-Jahren der Zweiten Republik übertroffen wurde: 1975 waren 14 Frauen Nationalratsabgeordnete. Bereits in den 1920er-Jahren lernten die weiblichen Abgeordneten schnell das Handwerk Partei/Politik, wie die Aktionen der CSP- und GDVP-Frauen vor den Nationalratswahlen 1930 zeigen, da

Fortsetzung auf Seite 18

Der lange Marsch zur Gleichheit

Fortsetzung von Seite 17

100 JAHRE
REPUBLIK

Stichwort: Therese Schlesinger

Entstammt einer Wiener Industriellenfamilie. Sie trat 1897 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei und war eine jener acht Frauen, die ab 1919 als erste ein Nationalratsmandat besetzten. Nach dem „Anschluss“ flüchtete sie vor den Nazis nach Frankreich.

seit 1927 keine von ihnen im Nationalrat vertreten war. Die CSP-Frauen kündigten dem Parteivorstand an, sich im Wahlkampf nicht zu engagieren, falls nicht eine Frau auf sicherer Stelle kandidieren würde, die GDVP-Frauen stellten ihre Unterstützung einer Kandidatur der „Österreichischen Frauenpartei“ in Aussicht. Trotz massiver Stimmenverluste zogen eine christlich-soziale und eine großdeutsche Abgeordnete in den Nationalrat ein. Die Wahlbeteiligung bei Frauen stieg um ein Prozent auf 89 Prozent, die der Männer blieb mit 90 Prozent gleich. Zum ersten Mal hatten fast 1000 Frauen öfter sozialdemokratisch gewählt als christlich-sozial. Die politische Kultur der Zeit prägte auch das Verhältnis der elf weiblichen Abgeordneten (von 165) – von „wir Frauen“ war keine Rede mehr.

Die eingangs zitierte Abgeordnete Therese Schlesinger, jüdischer Herkunft, war eine außergewöhnliche Politikerin und suchte, jenseits der Klassenfrage die politische Gleichberechtigung aller Frauen voranzutreiben. Obwohl die weiblichen Abgeordneten entsprechend ihren Parteizugehörigkeiten Welten trennten, gelang es Schlesinger, gemeinsam mit den christlich-sozialen Hildegard Burjan und Olga Ru-



Anstehen für Brot war Alltag, wer kein Geld hatte, musste im Müll nach Essbarem suchen. Mitte: Leben im Elendsquartier. Rechts: Politikerinnen forcierten die Bildung von Mädchen
PICTUREDESK (4)

del-Zeynek und der deutsch-nationalen Großdeutschen Emmy Stradal Anfang der 1920er-Jahre eine frauenpolitische Koalition zu schmieden. Ihr Thema: Mädchen- und Frauenbildung, d. h. die Subventionierung von privaten Mädchenmittelschulen, die Akzeptanz von Mädchen in den früheren Bubengymnasien sowie die Anstellung von Lehrerinnen an diesen öffentlichen Gymnasien.

Olga Rudel-Zeynek aus der Steiermark trat sogar öffentlich gegen ihren Parteikollegen, den Finanzminister, und dessen Budgetkürzungen für Mädchengymnasien auf. Mit

den Worten: „Der Finanzminister spart eben dort, wo er das Gefühl hat, die Sache wurzelt nicht im Volksbewusstsein“, kritisierte sie seine populistische Politik.

Diese ersten weiblichen Abgeordneten hatten alle persönlich ihre Diskriminierung als Frauen an der Geschlechtergrenze erlebt. Dementsprechend bemühten sie auf der Redebühne des Parlaments ebenso wie in der Öffentlichkeit das Kollektivsubjekt Frau: „im Namen der Frauen“ oder „vom Frauenstandpunkt aus“. Mit dieser Rede blieben sie nicht alleine – auch männliche

Abgeordnete adressierten ein kollektives „Interesse der Männer“, wenn es zum Beispiel um erweiterte Unterhaltszahlungen für ledige Kinder und öffentliche Kindererziehungseinrichtungen ging, wie es Rudel-Zeynek oder Anna Boschek, sozialdemokratische Gewerkschafterin, im Nationalrat forderten. Sie war eine jener Abgeordneten, denen ihr politisches Engagement einen enormen sozialen Aufstieg brachte.

Im hohen Alter erinnerte sie sich an ihren Eintritt ins Parlament: „Du kannst dir vielleicht vorstellen, wie mir zumute war, wenn ich mich durch das verfluchte Juristendeutsch veralteter

Gesetze hab durchbeißen müssen, und wenn ich, die Fabrikarbeiterin mit ihren vier Klassen Volksschule, an einem Tisch mit gewiegten Kronjuristen gesessen bin ...“

Weitere Frauenthemen in der Ersten Republik waren die sozialrechtlichen Absicherungen von Hausgehilfinnen, Heimarbeiterinnen und Hebammen. Hingegen blieben die Bereiche Reform des patriarchalen Familienrechts, die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, weitergehende Forderungen zur rechtlichen Gleichstellung „Frauensachen“ der Sozialdemokratie. In den Steno-

graphischen Protokollen des Nationalrats, die von allen großen Tageszeitungen publiziert wurden, sind nicht nur diese Traditionslinien in der Frauen- und Geschlechterpolitik nachzuvollziehen, sondern auch für den Bereich der Ökonomie und somit für das Männerterrain Wirtschaftspolitik, etwa die frauenpolitischen Folgen der Genfer Sanierung 1922. Nicht nur Olga Rudel-Zeynek bemühte ihren frauenspezifischen Blick, indem sie die Not der Frauen thematisierte und an die Nächstenliebe ihrer Parteikollegen appellierte; die Sozialdemokratinnen Emmy Freundlich und Gabriele Proft forderten

eine radikale Änderung der Wirtschafts- und Steuerpolitik zugunsten der Nichtbesitzenden und Maßnahmen des Staates gegen die Betroffenheit der Frauen durch die Sanierungsbestimmungen. Am 22. Februar 1928 hielt Gabriele Proft die erste frauenspezifische Budgetrede. Sie monierte – ganz Gender-Budgeting-Prämissen vorwegnehmend –, dass der 52-prozentige Frauenanteil der Bevölkerung ebenso Steuern zahle wie die 48 Prozent Männer, jedoch nicht gleichbehandelt würde. Von der Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor bis hin zur ungleichen Sozialversicherung spannte sie den Bogen.

Diese frauen- und geschlechterpolitischen Inhalte wurden erst seit den 1970er-Jahren wieder diskursrelevant – nach einem massiven Schub durch die Entstehung der Neuen Autonomen Frauenbewegung. So nachhaltig wirkte die Zerstörung der jungen österreichischen Republik, die Abschaffung der Gleichberechtigung durch den autoritären christlichen Ständestaat und den Nationalsozialismus. Allerdings bewegen die Überlegungen und Konzeptionen der gleichstellungspolitischen Pionierinnen aus den 1920er-Jahren bis heute – da Geschlecht nach wie vor als Strukturkategorie unsere Gesellschaft, Politik wie Mentalitäten durchzieht.

100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:**
Dolchstoßlegende

Sie besagt, dass das deutsche Heer „im Felde unbezigt“ geblieben sei und erst durch „innere und äußere Reichsfeinde“ einen „Dolchstoß von hinten“ erhalten habe. In Wahrheit drängte das Militär selbst auf eine sofortige Beendigung des Krieges.

A Peace to End All Peace“ ist der Titel des bemerkenswerten Buches von David Fromkin, der sich mit der Friedensordnung im Nahen Osten nach dem Ersten Weltkrieg beschäftigt. Nun wäre dieser Befund für die Friedensverträge, die in den Pariser Vororten Europa – also Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien – betrafen, wohl zu hart. Es ist aber nicht zu leugnen, dass auch in Europa einerseits die Gewalt kein Ende fand und andererseits manch getroffene Entscheidung den Keim für künftige Konflikte schon in sich trug.

Im Gegensatz zu den Friedensregelungen der Vormoderne, bei denen es um Elitenkompromisse ging, die man, wie etwa am Wiener Kongress, mehr oder weniger mühsam ausverhandeln konnte, waren nun zusätzliche Kräfte am Spielfeld. Es gab Parlamente und Massenparteien, es gab revolutionäre Bewegungen und es gab nationale Heilserwartungen. Jeder Friedensvertrag hatte auch die von den Siegermächten gefühlte Bedrohung durch den russischen Bolschewismus und dessen Ausläufer und Boten im Zentrum Europas mit zu berücksichtigen und gleichzeitig die Legitimation nach innen zu finden, um die Erwartungen der eigenen Bevölkerung nicht zu enttäuschen. Dazu kamen die unterschiedlichen Lesarten des Grundlagendokuments, der „14 Punkte“ des US-amerikanischen Präsidenten Wilson.

Der erste „Friedensvertrag“ im Umfeld des Ersten Weltkrieges war der Friede von Brest-Litowsk, abgeschlossen am 3. März 1918 als rücksichtsloser Diktatfriede der Mittelmächte, nachdem sich die Hoffnung des revolutionären Russland auf eine Ausbreitung der Revolution als trügerisch erwiesen hatte. Sowohl die russische Vision von einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen bei

gleichzeitiger Internationalisierung des Klassenkampfes als auch der durchgesetzte Gewaltfriede der Mittelmächte nach rein militärisch-ökonomischen Interessen waren jedenfalls keine Modelle für die in Paris letztlich angestrebte neue Weltordnung. Als im Jänner 1919 die Pariser Friedenskonferenz begann, aus der letztlich fünf Friedensverträge hervorgingen (mit Deutschland in Versailles am 28. Juni 1919, mit Österreich in Saint-Germain-en-Laye am 10. September 1919, mit Bulgarien in Neuilly am 27. November 1919, mit Ungarn in Trianon am 4. Juni 1920 und mit der Türkei in Sèvres am 10. August 1920), war abzusehen, dass idealistische Konzeptionen an machtpolitischen Fragen zerschellen mussten. Selbst Siegermächte wie Japan mussten zur Kenntnis nehmen, dass man mit ihnen nicht auf Augenhöhe verkehrte, sondern dass sie mit rassistischen Vorbehalten konfrontiert wurden.

Der Friedensvertrag mit Deutschland gab bereits Ton und Inhalte vor. Die Verhandlungen zeigten auch die Gegensätze zwischen den Vorstellungen der Siegermächte, wobei Frankreichs Position als direk-

ter (und damit potenziell bedrohter) Nachbar die stärkste war. Sie setzte sich in den Grenzfragen weitgehend durch. Deutschland verlor ein Siebentel seines Gebiets und die Kolonien. Es waren aber vor allem zwei Bereiche, die in der Folge die Verhandlungen mit Österreich präjudizieren sollten. So brachte der Artikel 80 des Versailler Vertrages das „Anschlussverbot“, das machtpolitisch nachvollziehbar war, aber doch einer wichtigen Grundlage der Friedensverträge, dem propagierten „Selbstbestimmungsrecht“, widersprach. Und es gab den Artikel 231, der sich zur Urheberschaft des Krieges äußerte und diese Deutschland (und somit auch seinen Bündnispartnern) zuschrieb. Dies sollte, neben den ökonomischen (Reparationszahlungen) und militärischen (Abrüstung und zahlenmäßige Beschränkung auf 100.000 Mann), den Revisionsbemühungen der Folgejahrzehnte Ansatzpunkte bieten.

Die österreichische Delegation reiste schon im Mai 1919 nach Paris, wurde aber zu den Verhandlungen nicht zugelassen. Man hatte Persönlichkeiten

auch aus jenen Teilen der Habsburgermonarchie ins Team geholt, die einerseits einen deutschsprachigen Bevölkerungsteil hatten, die andererseits aber von den in dieser Zeit schon existierenden neuen Staaten beansprucht wurden. Als Resultat dieser Maßnahme wurde letztlich nur erreicht, dass zugleich mit dem Vertrag von Saint-Germain ein Minderheitenschutzvertrag mit der Tschechoslowakischen Republik unterzeichnet wurde, der den „Deutschen“ und den „Slowaken“ Grundrechte zusicherte. Österreichs Argumentation, 1914 als Staat noch gar nicht existiert und somit keinen Krieg begonnen zu haben, daher nur einer von mehreren Nachfolgestaaten des untergegangenen Habsburgerreichs zu sein, fand in Paris kein Gehör. Tschechen, Slowaken, Rumänen, Italiener, Kroaten und Slowenen waren Sieger, sie saßen bei den Friedensverhandlungen zumindest symbolisch am Tisch. Die deutschsprachige Bevölkerung der Monarchie und die Magyaren blieben somit als die einzigen Verlierer übrig. Der Wunsch, einen Staatsvertrag anstelle eines Friedensvertrages zu erhalten,

konnte 1919 in Saint-Germain nicht realisiert werden.

Am 2. September 1919 wurde der österreichischen Delegation in Saint-Germain der Friedensvertrag übergeben, der acht Tage später von Karl Renner unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag enthielt für Österreich weitgehend ernüchternde Bestimmungen zu den Grenzziehungen. In der Frage der Nordgrenze wurde das Recht auf historische, also alte Kronlandgrenzen über das Recht auf nationale Selbstbestimmung gestellt. So kamen ganz Böhmen, Mähren und Schlesien und sogar einige Gemeinden Niederösterreichs an die Tschechoslowakei, was diesem Staat gut drei Millionen Menschen als deutschsprachige Minorität bescherte. Galizien fiel an Polen, die Bukowina an Rumänien. Südtirol, Welschtirol und das Kärntner Kanaltal kamen, wie auch Istrien, an Italien. Dalmatien, die Untersteiermark, das Mießtal und Seeland wurden dem neuen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) zugesprochen. In Unterkärnten südlich der Drau wurde eine Volksabstimmung angesetzt, als Resultat des „Kärntner Abwehrkampfes“. Das Gebiet verblieb bei Österreich, da sich auch die

Frieden
und
Krieg

Die Verträge aus den
Pariser Vororten
trugen den Keim
weiterer Kriege in sich.

Von Helmut Konrad



Die österreichische
Delegation bei den
Verhandlungen in
Saint-Germain

PICTUREDESK

Mehrheit der slowenischsprachigen Bevölkerung Unterkärntens dafür aussprach. Die westungarischen Komitate wurden Österreich zugesprochen, wobei allerdings eine Volksabstimmung das Komitat Ödenburg/Sopron bei Ungarn beließ.

Emotional wichtig war die Untersagung der Führung des Namens „Deutschösterreich“ und auch die Wiederholung des im Versailler Vertrag fixierten Verbotes eines Anschlusses an Deutschland. Das Heer wurde auf einen Stand von 10.000 Berufssoldaten reduziert und es waren Reparationszahlungen vertraglich vorgesehen. Mit der Ratifizierung des Vertrags durch die Konstituierende Nationalversammlung am 21. Oktober 1919 musste die Republik den Namen „Deutschösterreich“ ablegen, und die „Republik Österreich“ war somit formell entstanden, ohne dass dies bereits mit einer „Geburt der österreichischen Nation“ gleichzusetzen war. Insgesamt fanden sich nur zwei Drittel der deutschsprachigen Bevölkerung der untergegangenen Monarchie im neuen Staat Österreich wieder.

Alles in allem boten die Verträge in den Pariser Vororten ei-

nen guten Nährboden zur Legendenbildung. In Deutschland entstand die „Dolchstoßlegende“, und revanchistische Parolen verdichteten sich zur nächsten Katastrophe. In Zentraleuropa hatte sich durch die Gründung eines Gürtels von Kleinstaaten die Zahl der ethnischen Minoritäten nicht verringert, sondern nur in den Hierarchien verändert. Von der Ostsee bis zur Adria folgten auf die Staatengründungen meist nur kurze demokratische Zwischenspiele, mit der Tschechoslowakischen Republik als großer Ausnahme.

Die Grenzziehungen im Nahen Osten waren schließlich die Grundlage für blutige Krisen und Konflikte bis in die Gegenwart. Und der in den Verträgen nicht mitdiskutierte, wohl aber intendierte russische Sonderweg, der dieses Land in die Isolation und in die Gewaltherrschaft Stalins führte, hatte die liberale Freihandelswelt, die ein Traum hinter den Verträgen war, entscheidend verkleinert und damit krisenanfälliger gemacht. Der weitere Verlauf des 20. Jahrhunderts sollte zeigen, wie instabil das in Paris errichtete Fundament einer Weltordnung, die künftige Kriege vermeiden sollte, war.

100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:**
Hyperinflation

Eine allgemein akzeptierte Definition existiert nicht, eine 1956 von Phillip D. Cagan aufgestellte Faustregel von monatlichen Inflationsraten von 50 Prozent (entsprechend einer jährlichen Rate von umgerechnet rund 13.000 Prozent) ist weit verbreitet.

Die Ökonomie Österreichs war durch die Herauslösung aus dem integralen Wirtschaftszusammenhang eines Großreichs von strukturellen Schocks getroffen. Die Abtrennung der mährisch-schlesischen Revier traf die Schwerindustrie, die nunmehr Kohle zu teuren Preisen einzuführen genötigt war. Auch die ehemals so bedeutende Textil- und Bekleidungsindustrie konnte den Verlust ihrer in den Sudetenländern gelegenen Produktionsstätten in keiner Hinsicht kompensieren, eine Vielzahl von kaufmännischen Zentralen war funktionslos im ehemaligen habsburgischen Finanz-, Organisations- und Verwaltungszentrum zurückgeblieben. Die Ernte von 1918 hatte im Vergleich zum letzten Friedensjahr 48 Prozent des Weizens, 43 Prozent des Roggens und 39 Prozent an Kartoffeln erbracht, das entsprach einem Viertel des aktuellen Mehls und einem Fünftel des Kartoffelbedarfs. An Fleisch konnte der neu entstehende Staat gerade einmal ein Drittel, an Speisefett ein Zwanzigstel, an Zucker ein Vierzehntel des zum Überleben Notwendigen

aufbringen. Auch die Kohlennot begann ihre entsetzlichen Wirkungen zu entfalten. Bei einem monatlichen Kohlebedarf von 1.150.000 Tonnen konnten aus eigener Kraft maximal 155.000 Tonnen zumeist minderwertiger Kohle gefördert werden. Hausbrandkohle wurde überhaupt nicht mehr ausgegeben – in Wien zogen die frierenden und hungernden Menschen in die umgebenden Wälder und schlugen ganze Waldparzellen ab. Und über allem wütete die Spanische Grippe, mit besonderer Unerbittlichkeit im letzten Quartal des Jahres 1918. Ihr erlagen Abertausende, die, ausgezehrt, erschöpft, von Hunger und Entbehrung geschwächt, von unzureichender Kleidung nicht geschützt, der Krankheit keinen Widerstand entgegenzusetzen vermochten.

Die Geburt des Neuen erfolgte in einer Atmosphäre des Hungers, der Kälte, der Krankheit, des Todes. In einem besonders dramatischen Ausmaß ist die ehemals so glänzende und boomende Reichshauptstadt

betroffen.

Wien war das Zentrum der Mobilisierung und der habsburgischen Kriegsanstrengungen gewesen, Massen von Arbeitskräften in nie gekanntem Ausmaß waren zusammengezogen, der gesamte Produktionsapparat auf die Bedürfnisse des Krieges umgestellt worden. Nunmehr wurde die Stadt in ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen nachhaltig erschüttert, was den gänzlichen Zusammenbruch der Wirtschaft, den Verlust der Metropolenfunktion, drückende Wohnungsnot, unsägliches soziales Elend und die Abwanderung von mehr als 300.000 Menschen bedeutete. Das ist die Degradierung der Reichshaupt- und Residenzstadt eines 50-Millionen-Imperiums zum Wasserkopf eines verarmten Kleinstaates.

Auch die Finanzen waren zusammengebrochen, eine von der Notenpresse angeheizte Inflation zersetzte alte, eingeseessene Kapitalien und stürzte das traditionsreiche städtische Bürgertum ebenso wie den neuen Mittelstand in tiefe Verelendung. Nun hatte die Inflation durchaus ambivalente Wirkungen, verringerte sich doch die Inlandsschuldenlast gleichsam automatisch, um schließlich zur Gänze „selbstlaufend“ getilgt zu werden. Während also die traditionellen städtischen Oberschichten weitgehend verarmten, setzte der Prozess der Geldentwertung Warenaustausch und Warenproduktion wieder in Gang

– im Sommer 1919 setzte an der Börse der große Spekulationsboom ein. Die Kurse der Börsenpapiere stiegen rasant, immer breitere Schichten spekulierten an der Börse, die Spekulationsgewinne wurden in einen ungehemmten Luxuskonsum umgesetzt.

Die Börse spekulierte auf das kontinuierliche Sinken der Krone, deren Kurs ins Bodenlose fiel und dem Niedergang ihrer Kaufkraft vorauseilte. Die Diskrepanz zwischen Kurs und Kaufkraft der Krone drückte sich in den tief unter den Weltmarktpreisen liegenden Inlandspreisen österreichischer Waren aus, der Exportspekulation waren Tür und Tor geöffnet. Jeder, der mit ausländischem Geld Waren ankauft, konnte – mithilfe einer um ihre materielle Existenz kämpfenden und daher korruptionsanfälligen Bürokratie – außergewöhnliche Export- und Surplus-Profite realisieren. Die Zeit des großen Ausverkaufs hatte begonnen, ein skrupelloses Schiebertum hatte „Schmuck und Hausrat“ des in der Inflation schwer in Mitleidenschaft gezogenen städtischen Mittelstands auf ausländischen Märkten zu höchsten Profitraten umgesetzt.

Seine Personifikation fand dieser in seiner Archaik an den Prozess ursprünglicher Akkumulation gemahnende Raubka-

pitalismus vor allem in den beiden „Königen der Inflation“, Camillo Castiglioni und Siegmund Bosel – beides Männer, deren Genie, wie Karl Kraus befand, darin bestand, stets reicher zu sein, als man noch vor einer Stunde geglaubt habe. Castiglioni, Sohn einer Triester Rabbinerfamilie, hatte es bis 1924 auf Mehrheitsbeteiligungen bei 34 Industrieunternehmen und bestimmenden Einfluss bei acht großen österreichischen Bankhäusern gebracht. Darüber hinaus war er einer der ersten, der das symbolische Kapital der Printmedien zu nutzen wusste; er kontrollierte fünf große Zeitungen. Bosel war in der Währungsspekulation gegen die Krone groß geworden und ein Devisen-, Valuten- und Effektspekulant „in Reinkultur“. Beide hatten, aus dem Nichts kommend, in ihren Dreißigern einen kometenhaften Aufstieg genommen, beide waren über ein differenziertes Beziehungsgeflecht in das Netzwerk (rechter) österreichischer Politik eingebunden, beide gefielen sich im Gestus des Kunst- und Kulturmäzenatentums. Aber beide scheiterten schließlich in ihrem ureigenen Metier – in der Kursspekulation gegen den französischen Franc.

So sehr die Periode der Nachkriegsspekulation auch die „Metaphysik der Haifische“ (Karl Kraus) befördert hatte, so hat sie doch zugleich den Handelsplatz Wien wiederhergestellt. Wien erlangte schrittweise seine alte Handelsfunktion der Vermittlung zwischen den Industriegebieten der Sudetenländer und den agrarischen Gebieten des Donauraumes zurück, seine Großbanken zählten bald zu den bedeutendsten des Kontinents. Die Inflation war zunächst das unvermeidliche Resultat des Zerfalls des großen, traditionellen Wirtschaftsraumes gewesen. Binnen eines Jahres verlor die Krone neun Zehntel ihres Wertes.

Das explodierende Defizit wurde durch permanente Vermehrung und Ausgabe von Papiergeld zu bekämpfen versucht; die Geldentwertung schlug in Hyperinflation um. Wenn die Inflation auch die materielle Existenzgrundlage des Mittelstandes vernichtete, so schuf sie andererseits die Grundlagen für eine Aufnahme der Nachkriegsproduktion und ein Wiederer-

stehen von Industrie und Gewerbe. Daneben entstanden aus Valutaspekulation und „Kriegsgewinnlertum“ neue, große Vermögen. Vor allem osteuropäische Spekulanten stellten ein starkes Kontingent in der mit skrupellosen Methoden arbeitenden Geldentwertungskonjunktur. Otto Bauer – Außenminister und Theoretiker des Austromarxismus – spricht von „landfremden Elementen, deren „kulturloser Luxus“ maßlose Erbitterung nach sich zog. Eine Welle von Antisemitismus habe sich so über das Land ergossen – Vorschein auf jene im Schatten des kollektiven europäischen Traumas freigesetzten und mit den gesellschaftlichen Verwerfungen der Großen Depression der frühen Dreißigerjahre zum Durchbruch gelangenden Entwicklungen in Richtung einer Etablierung autokratischer Führergesellschaften. Vorschein auch auf Genozid und erneuten globalen Vernichtungskrieg.



100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:**
Karl-Marx-Hof

Ist ein berühmter Wiener Gemeindebau, der von 1927 bis 1930 errichtet wurde. Im Gegensatz zu den Mietskasernen waren diese Wohnungen mit Sanitäranlagen ausgestattet. In der Wohnanlage fanden in den 30er-Jahren Bürgerkriegsgefechte statt.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Wien zumindest zweimal im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Das galt für den Jahrhundertbeginn, als sich das kulturelle Wien in seiner ganzen multiethnischen Vielfalt als „Traum und Wirklichkeit“ entfaltete. Und das war zwei Jahrzehnte später, als das soziale und kulturelle Experiment des „Roten Wien“ als Modell für eine moderne Großstadt mit prägnant politischer Konnotation die Aufmerksamkeit auf sich zog.

Die beiden Geschichten zu Wien sind keine schroffen Gegensätze. Wohl war die kulturelle Hochblüte des Fin de Siècle auf das Zentrum der Stadt fixiert, das Rote Wien rückte hingegen die Peripherie ins Licht. Wohl waren es auf der einen Seite die bürgerlichen Wohlstandsfamilien, auf der anderen Seite die armen und ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter. Aber die Gestalter des Roten Wien waren meist Teil der intellektuellen Elite, und die Künstlerinnen und Künstler standen dem sozialen Experiment dominant wohlwollend gegenüber. Und beide Experimente waren zudem entscheidend vom jüdischen, meist eher schon fern seiner Religion sozialisierten Bildungsbürgertum getragen.

Wien war zu Beginn des 20. Jahrhunderts dreifach aufgefalt. Innerhalb des Rings wohnten der alte Adel und das neue, vermögende Großbürgertum, das sich in der Ringstraßenarchitektur in seinen Ansprüchen verwirklichte. Außerhalb des Rings dominierten Beamte und Kleinbürgerfamilien. Die äußeren Vorstädte, außerhalb des Gürtels, waren dominant proletarisch, meist nicht deutschsprachig, und hier herrschte das Elend des industriellen Klassenkampfes. Das liberale Wien, das zumindest bis 1894 so bezeichnet werden konnte, setzte Modernisierungsschritte, die

Das
Rote
Wien

**Sozialer Wohnbau
und Bildung: Die
Stadt Wien brachte in
der Zwischenkriegs-
zeit viele Reformen
auf den Weg.**

Von Helmut Konrad

auch das konservative, populistische und antisemitische Wien unter Karl Lueger konsequent weiterführte. Beide hatten aber keine Antworten auf das Elend der Vorstädte.

Nach Luegers Tod im Jahr 1910 war die Sozialdemokratie erkennbar die stärkste Kraft in der Stadt, was aber vorerst nur im Resultat der Parlamentswahlen von 1911 zum Ausdruck kam. Diese Sozialdemokraten waren aber selbst in der Stadt keine homogene Bewegung.

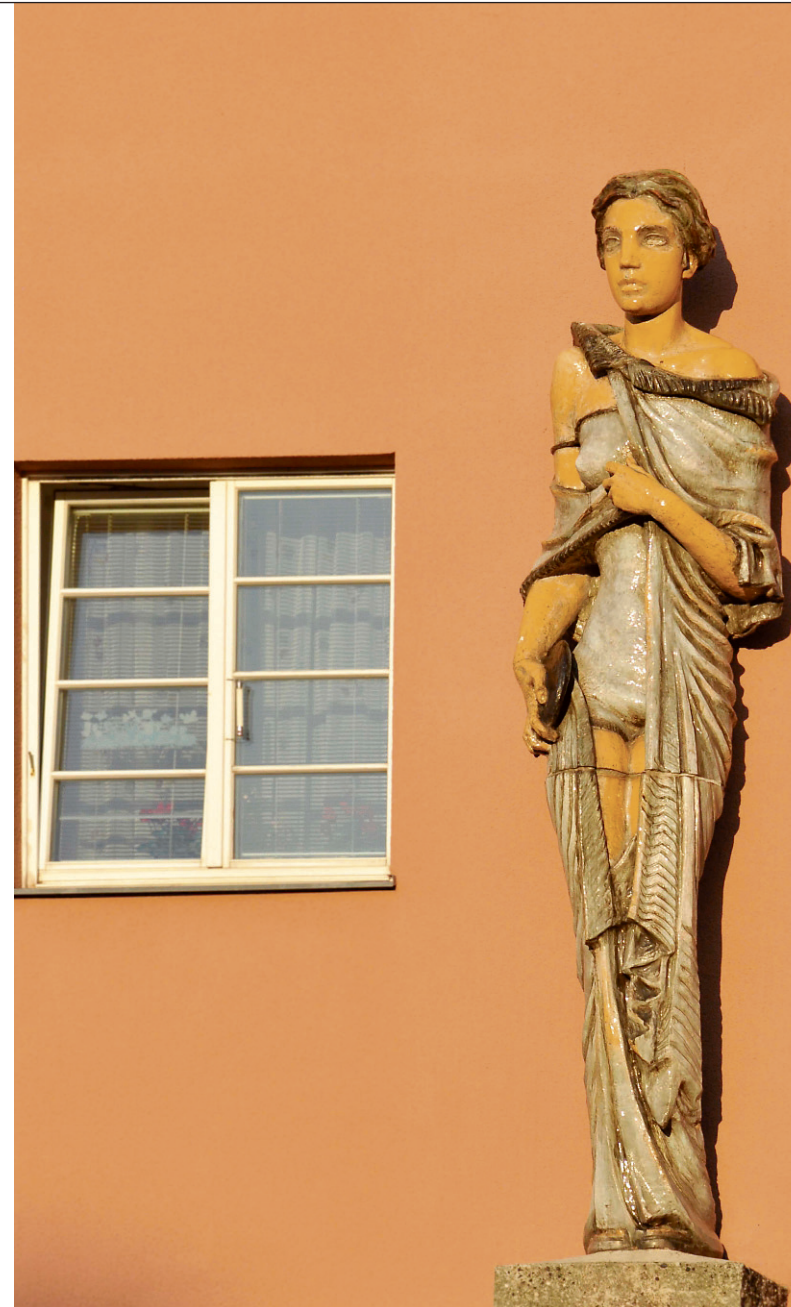
Da gab es erstens die Austromarxisten, die sich um die Theoriezeitschrift „Der Kampf“ gruppierten und die, international hoch angesehen, eine österreichische Spielart des Marxismus entwickelten, der in der Analyse der nationalen Frage die Wissenschaft weltweit beeinflusste.

Zweitens gab es die Gewerkschaften, national bereits gespalten, aber organisationsstark und vor allen finanziell das Rückgrat der Partei. Die dritte Gruppe bildeten die leicht lenkbaren Massen der Vorstädte, die dem Volkstribun Franz Schuhmeier folgten und die dessen Begräbnis 1913 zu einer Machtdemonstration mit einer halben Million Teilneh-

mern machten. Mit diesen überlappend gab es Anarchisten, Sozialrebelln und vieles mehr. Auch im Ersten Weltkrieg zeigten sich Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie. Während Karl Renner ein Staatsamt in der Lebensmittelversorgung übernahm, schritt die Linke zur Tat. Am 21. Oktober 1916 erschoss Friedrich Adler, der hochbegabte Sohn des Parteigründers Victor Adler, den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh. Diese Gegensätze dauerten über das Kriegsende hinaus an.

Es gab den großen Jännerstreik, der sogar den Bolschewiki in Russland Hoffnung auf eine Weltrevolution machte, es gab aber auch den pragmatischen Kampf gegen Hunger und Krankheit, vorerst vor allem die Tuberkulose, dann bei Kriegsende die Spanische Grippe. Zeitgleich mit dieser schwappte eine völlig unkoordinierte Welle von Frontheimkehrern und Flüchtlingen in die Stadt, für die es weder Wohnraum noch Kleidung oder Nahrung gab. Das war der Nährboden der „österreichischen Revolution“.

Es ist das große Verdienst der Sozialdemokratie, dass es ihr gelang, das revolutionäre Potenzial dieser Situation so weit zu domestizieren, dass keine Räterepublik nach dem ungarischen Modell entstehen konnte, dass aber gleichzeitig das revolutionäre Drohpotenzial groß genug blieb, um dem Bürgertum massive Zugeständnisse, vor allem in der Sozialpolitik, abzurufen. In Wien wurde schon wenige Tage nach der Republikgründung eine provisorische Gemeindevertretung etabliert, die sich nach den kommunalen Wahlen vom 4. Mai 1919 endgültig nach den neuen Machtverhältnissen umgruppierte. Die Sozialdemokraten errangen 54 Prozent der Stimmen und 100 Mandate. Fast gleichzeitig mit dem Zer-



Karl-Marx-Hof: die Statue „Körperkultur“ von Josef Riedl GREDLER-OXENBAUER

brechen der Großen Koalition im Bund vereinbarten Wien und Niederösterreich die organisatorische Trennung, die im November 1920 in der Bundesverfassung festgelegt wurde. Realisiert wurde sie im Dezember 1921, und ab 1. Jänner 1922 war der Wiener Bürgermeister auch Landeshauptmann.

Die Rechtsstellung als Bundesland erlaubte die Steuerhoheit, ja sogar die eigene Steuerfindung. Das war notwendig, um soziale Maßnahmen setzen zu können. Und mit den nun in den nächsten Jahren umgesetzten Konzepten setzte sich Wien nicht nur von den anderen Bun-

desländern deutlich ab, sondern profilierte sich auch als Alternative zur Bundespolitik. Der Gegensatz vom „Wasserkopf“ Wien, einer Stadt, die zu groß schien für die kleine Republik, und dem „flachen Land“ prägte von da an die innenpolitische Diskussion. Die politischen Experimente konnten auf einer sozial differenzierten Beschaffung der finanziellen Mittel aufbauen. Hugo Breitner, ehemals Direktor der Länderbank, führte direkte Steuern ein, mit ganz starker Progression, sodass tatsächlich die Reichen besteuert wurden. Gleichzeitig war er strikt gegen kommunale Verschuldung und zog Sparpro-

gramme durch. Grundeigentum wurde hoch versteuert, und das galt besonders für Luxusgüter. So gab es eine hohe Kraftfahrzeugsteuer, eine Klaviersteuer, eine Billardsteuer und Steuer auf Luxushunde oder Glühlampen. Von zentraler Bedeutung war aber die Wohnbausteuer, mit der wesentliche Teile des Wohnbauprogramms finanziert werden konnten, und die eine Mischung aus direkter Steuer und Luxussteuer war.

Innerhalb weniger Jahre erhielt Wien durch diesen kommunalen Wohnbau sein neues Gesicht. In einem knappen Jahrzehnt wurden 60.000 Wohnungen für etwa 250.000 Menschen errichtet, die ein Leben unter erträglichen Bedingungen ermöglichten. Das war das Kernstück, symbolisch und real, des sozialdemokratischen Wien. Der Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt ist bis heute dessen Ikone. Weniger als 20 Prozent der Grundfläche sind verbaut, es gab und gibt dennoch Platz für 1.400 Wohnungen. Die Gesamtlänge beträgt einen Kilometer, es gibt Grünflächen, Bibliotheken, ein Krankenambulatorium, zwei Kindergärten, eine Zahnklinik, ein Postamt.

Der soziale Wohnbau reduzierte auch die Arbeitslosigkeit auf ein Viertel, zumal man wenig maschinenintensiv arbeitete. Für die politischen Gegner waren aber nicht Breitner und der Wohnbau die Feindbilder, sondern die Schulpolitik. Otto Glöckel sorgte schon in den ersten Monaten der Republik als Unterrichtsminister für Auseinandersetzungen. Als Präsident des Landesschulrats von Wien setzte er die freie Zurverfügungstellung von Unterrichtsmitteln durch, schuf Schulausspeisung, Schulbäder und Kleideraktionen. Er entwickelte das Konzept einer einheitlichen Mittelschule für alle Kinder bis 14 Jahre und orientierte sich an der Reformpädagogik. Klassenschülerhöchstzahlen wurden festgelegt, Arbeitsunterricht er-

setzte die frontalen Einheiten. Das Erzielen von Durchlässigkeiten, die Förderung von Begabungen und die Vermeidung sozialer Diskriminierung waren Zielvorgaben. Ein Jahrhundert lang sollte die Diskussion um diese Sicht auf die Schule den österreichischen Bildungsdiskurs prägen.

Das Konzept des „Roten Wien“ war ein umfassendes. Es ging um lebensdeckende Betreuung vom Säuglingspaket bis zum Krematorium. Das beinhaltete medizinische Prophylaxe, Kindergärten, neue Schulformen, Wohnungen, Konsum, Freibäder, Sport und Erwachsenenbildung. Ein „neuer Mensch“ sollte durch die Politik zumindest mitgeformt werden, gesund, kulturell interessiert (David Josef Bach organisierte Arbeitersymphoniekonzerte), stolz auf die Stadt, ihr Erscheinungsbild und ihre Kultur. In Wien waren 400.000 Menschen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, darunter signifikant viele Frauen. Zwei Drittel der Wählerstimmen signalisierten breite Zustimmung zu dieser Form der Politik, und die Weltöffentlichkeit verfolgte das Experiment mit großer Aufmerksamkeit. Das „geistige Wien“, die Künstler und Künstlerinnen und die Intellektuellen bekundeten ihre Sympathie.

Dass sich Wien dadurch auch in der Alltagspraxis, vor allem aber in den kulturpolitischen Symbolhandlungen ganz stark vom übrigen Österreich entfernte und zu einer eigenen Welt wurde, machte es umso schwerer, eine österreichische Gesamtidentität zu entwickeln. Die große Weltwirtschaftskrise und das Aufkommen faschistischer Strömungen ließen das Experiment letztlich an der politischen Gewalt der Gegner scheitern. Der Justizpalastbrand 1927 war ein erstes Fanal, im Bürgerkrieg von 1934 starb dann aber nicht nur eine Partei, wie Josef Buttinger schrieb, sondern ein großer Gesellschaftsentwurf.

100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:**
Maria Theresia

Über vier Jahrzehnte prägte Maria Theresia (1717–1780) mit ihrer Regentschaft das Land. Sie übernahm die Regentschaft infolge des Todes ihres Vaters Kaiser Karl VI. im Jahr 1740. Die sechzehnfache Mutter führte zahlreiche Reformen ein.

Als am 12. November 1918 von der Rampe des Reichsratsgebäudes der Bevölkerung die eben beschlossene Gründung der Republik bekannt gegeben wurde, war das Erbe der untergegangenen Monarchie unübersehbar. Die verkrüppelten Angehörigen der geschlagenen Armee, die Witwen und Waisen der Gefallenen, die von Hunger und Entbehrung gezeichneten Menschen trauerten nicht um jenen Staat, der in der explosiven Stimmung des Sommers 1914 den entscheidenden Funkenschlag für den Kriegsausbruch geliefert hatte.

In die markanten Gebäude des alten Staates zogen die Institutionen der Republik, das hofärrische Geschirr mit seinen Doppeladlern am Tellerband und den Besteckgriffen diente der Repräsentation der Republik über alle Brüche des 20. Jahrhunderts hinweg. Die neue Hofburg, deren Innenausbau stecken geblieben war, wurde fertiggestellt. Als man begann, dem sich zunächst selbst durch die Anschlussklärung in Frage stellenden neuen Staat eine offiziell stimmige Identität zu geben, griff man zögerlich auch auf imperiale Versatzstücke zurück.

Neben den in den Landestraktionen verhafteten Relikten – die Babenberger in Niederösterreich, den Erzherzog Johann in der Steiermark, den Andreas-Hofer-Kult in Tirol – entdeckte man als säkulare Alma Mater Austriae Maria Theresia neu. Vielfach blieb das Bild des gütigen Kaisers Franz Joseph in den Köpfen gerade jener, die seine Herrschaft mit der Gleichstellung aller Menschen in ihren Rechten, mit der Modernisierung des Staates und mit der relativ langen Friedenszeit ab 1866 gleichsetzten.

Als Erbe des alten Österreich muss der den politischen Parteien und deren Anhängerschaft innewohnende Antiliberalismus, Antisemitismus,

Deutschnationalismus, Neigung zu Zentralismus und bürokratischer Staatsführung bei aller Binnendifferenzierung gelesen werden. Politischer Katholizismus und sein Gegenstück im Antiklerikalismus gehören zu dieser Konkursmasse des alten Reiches.

Die Leerstelle, die der „alte Kaiser“ mit seinem Tod hinterließ, beförderte in der Republik Österreich und in den Nachfolgestaaten einen latenten Hang zum starken Mann, zum weisen Regenten. In diesem Habitus wandelten unabhängig von der politischen Binnenstruktur Thomáš G. Masaryk, Józef Pilsudski, Miklós Horthy, nach diesem Muster traten die „Landesfürsten“ und Heimwehrführer auf, während das autoritäre Österreich dieses Bild zunächst mit Ignaz Seipel und dann mit dem Märtyrerkult um Engelbert Doll-

fuß überschrieb. Im „Roten Wien“ übernahm diese Rolle durchaus herrenhaft Bürgermeister Karl Seitz. Gleichzeitig mit dem Habsburger-Gesetz wurde mit nahezu Einstimmigkeit im Nationalrat am 3. April 1919 auch in das Namensrecht des österreichischen Adels eingegriffen, um so auf dieser Ebene den republikanischen Neubeginn sichtbar zu machen.

Unabhängig vom konkreten Anlassfall, Kaiser Karl hatte unmittelbar vor Verlassen Österreichs seine Verzichtserklärung widerrufen, kann dies auch als Aspekt jener politischen Selbstdarstellung, die die Republik als Neugründung und nicht als staatsrechtlichen Nachfolger des untergegangenen Reiches sah, gelesen werden. Zum Erbe der Monarchie zählte die Moderne, ihre Intel-

Angenommenes
und verleugnetes
Erbe

Der imperiale Glanz ist im Tourismus mehr denn je gefragt
PICTUREDESK

Man rückte ab und man näherte sich an: über den schwierigen Umgang der Republik mit dem Erbe der Habsburger.

Von Dieter A. Binder

lektuellen und Künstler. Hervorgegangen aus dem kreativen Milieu, das durch die Modernisierung des Staates und seiner Gesellschaft im 19. Jahrhundert sichtbar wurde, verfügte der neue Staat über ein markantes Potenzial an Humanressourcen, die der allgemein zu beobachtenden Provinzialisierung entgegenwirken konnten. Davon profitierten nahezu alle Zweige der Wissenschaften, des künstlerischen Schaffens und des intellektuellen Diskurses.

Während man durch die Übernahme des Hoftheaters und der Hofoper – sie wurden zum Burgtheater und zur Staatsoper, die Aufsicht wechselte vom Obersthofmeisteramt zur Staatsregierung – spezifische kaiserliche Traditionen mit großem Erfolg weiterführte, reduzierte der ökonomische Druck die Attraktivität Wiens und Österreichs für den Wis-

senschaftsbetrieb. Dazu kam, dass bereits vor 1914 Berlin zunehmend als nach Westen hin orientierter Melting Pot attraktiver geworden war. Trotz der katastrophalen budgetären Situation, die sich lediglich zwischen 1924/25 und 1929/30 besserte, und der ausbleibenden Modernisierung blieb ein beachtliches Potenzial im Bereich der Wissenschaft als Erbe der Doppelmonarchie erhalten.

Dieses Potenzial und auch jenes in außeruniversitären Wissenschaftszirkeln unterlag einem schleichenden Ausbluten, das sich durch politisch bedingte Säuberungen nach dem Februar 1934 verstärkte, wiewohl man nun auch eine Reihe von Rückkehrern aus dem nationalsozialistisch gewordenen Deutschen Reich aufnehmen konnte. Mit dem „Anschluss“ 1938 wurde weitgehend und nahezu end-

gültig das kreative Milieu durch „Säuberung“, Vertreibung und Mord zerstört.

Während die Museen unmittelbar nach Ausrufung der Republik unter den Schutz des neuen Staates gestellt wurden und damit der Öffentlichkeit zugänglich blieben, war der Weg der Hofreitschule unter Beibehaltung der alten Uniformen in ein republikanisches Ambiente mühseliger. Der letzte Erste Stallmeister der Hofreitschule wechselte in den Dienst des Landwirtschaftsministeriums, das die Oberaufsicht über Reitschule und die damit verbundene Lipizzaner-Zucht 1919 übernahm. Der Name „Spanische Hofreitschule“ und die ins frühe 19. Jahrhundert zurückreichende Paradeadjustierung der Bereiter und seit wenigen Jahren auch Bereiterinnen blieben unverändert. Mit der nationalsozialistischen Herrschaft und deren damnatio memoriae die Habsburger betreffend wurde aus der Spanischen Hofreitschule eine Spanische Reitschule, die nach 1945 schrittweise wieder zur Hofreitschule mutierte.

Als sichtbares Erbe der Monarchie müssen auch jene architektonisch markanten Bauwerke genannt werden, die aristokratischer und großbürgerlicher Repräsentation dienten. Gleichmaßen gilt dies für den seriellen Bau der Gründerzeit mit ihren Mietskasernen und die markante Aufbruchsstimmung der neuen Architektur vor dem Ersten Weltkrieg. Sie verdanken ihr Entstehen den sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Monarchie. Die Zerstörung dieser Rahmenbedingungen durch den Ersten Weltkrieg ließ eine vergleichbare Intensität des Bauwesens in der Folgezeit auf privater Ebene nicht mehr zu. An den Rändern der Gründerzeitviertel in Wien und in den Bundesländern bleibt diese Zäsur vielfach sichtbar. Der soziale Wohnbau gerade der 1920er-Jahre hat eine

markante Gegenarchitektur geschaffen, die jedoch nicht diese Intensität erreichen konnte. Sichtbar bleibt die Monarchie in Österreich und in den Nachfolgestaaten in jenen Bahnhöfen und Opernhäusern, die den Zweiten Weltkrieg überstanden haben und nicht völligen Neubauten weichen mussten. Zumindest die Eisenbahnstrecke über den Semmering zwischen Niederösterreich und der Steiermark ist in die Liste des Weltkulturerbes eingetragen.

Das Erinnern an die Monarchie unterlag politischen Gesichtspunkten. Die österreichische Sozialdemokratie agierte bis in die Endphase des Weltkrieges hinein absolut staatsloyal. Mit der Ausrufung der Republik setzte jene radikale Distanzierung vom alten Österreich ein, die in konservativen Zirkeln als Denunziation des alten Österreich empfunden wurde. Mit dem Handschlag zwischen Bruno Kreisky als Bundeskanzler und Dr. Otto Habsburg als dem Präsidenten der Paneuropa-Bewegung wurde die Habsburg-Krise der frühen 1960er-Jahre zu Grabe getragen. Zum 90. Geburtstag wurde der ehemalige Thronfolger Otto von Habsburg vom Bundespräsidenten in der Hofburg empfangen. Als er starb, nahm die politische Staatsspitze am Requiem teil und die Wiener Stadtverwaltung half in entgegenkommendster Weise bei der Ausrichtung des Trauerkonduktes vom Stephansdom zur Kapuzinergruft. Das Bundesheer stellte einen Ehrenzug der Garde und die Gardemusik. Tiroler Schützen und Vereine aus nahezu allen Regionen der ehemaligen Monarchie in nachgebauten Uniformen von k.u.k. Truppenteilen marschierten mit. Dem Sarg und der Familie folgten jene Ritter- und Damenorden, die durch das Adelsgesetz 1919 von der Auflösung bedroht waren. Die selbstbewusste Republik hatte endgültig ihr Habsburg-Trauma überwunden.

100 JAHRE
REPUBLIK

Stichwort: Untersteiermark

Das ist jener Teil des ehemaligen Herzogtums Steiermark, der zwischen der unteren Mur und der oberen Save liegt. Das Gebiet gehörte seit dem Vertrag von St. Germain, 1919, zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, seit 1929 zu Jugoslawien, und seit 1991 zu Slowenien.

Die schmerzhafteste Teilung der Steiermark

Die Implosion der Habsburgermonarchie bedeutete auch für die Steiermark einen schmerzhaften Prozess der neuen Grenzziehung. So manche Wunde ist bis heute schlecht verheilt.

Von Helmut Konrad

Als das Ende des Ersten Weltkrieges auch die Implosion der Habsburgermonarchie brachte, war das Ziehen neuer Grenzen im Zentrum Europas unabdingbar. Dass es den alten „Nationalitäten“ mit Ausnahme der Deutsch sprechenden Bevölkerung Cisleithaniens und der Ungarn gelang, sich auf die Seite der Sieger zu stellen, machte es ihnen einfach, territoriale Forderungen an die Verlierer zu erheben. Dabei betrieb man sich entweder auf das Bestehen historischer Grenzen oder aber auf das Selbstbestimmungsrecht, wie es der US-amerikanische Präsident Wilson in seinen 14 Punkten formuliert hatte.

Im Süden der ehemaligen Monarchie gab es zwei Siegermächte, deren Interessen durchaus auch kollidierten und denen jeweils Zusagen ge-

macht wurden, die einander widersprachen. Italien und der neue Staat der Serben, Kroaten und Slowenen konnten schwerlich ihre Interessen gegeneinander durchsetzen, wohl aber konnten sie versuchen, sich an Österreich, dem „Rest“, wie es der französische Ministerpräsident Clemenceau formulierte, schadlos zu halten. So kam es zur Grenzziehung in Tirol, eine Grenze, die Jahrzehnte die Emotionen hochgehen ließ, und so kam es auch zu den Ansprüchen der Südslawen, die Draugrenze in Kärnten zu fordern (und militärisch durchzusetzen).

Die Steiermark war ein Sonderfall: Mit den historischen Kronlandgrenzen konnte niemand argumentieren, eine Teilung des Landes stand außer Frage. Aber wo sollte die Grenze verlaufen? Wie sollte

man mit Sprachinseln umgehen? Was bedeutete in der sprachlichen Gemengelage das viel beschworene Selbstbestimmungsrecht? Es ist unbestritten, dass das alte Kronland Steiermark zweisprachig war. Etwa ein Drittel der Bevölkerung sprach zu Hause Slowenisch, aber der Anpassungsdruck an die als überlegen empfundene deutsche Kultur und Sprache war enorm, besonders wenn man von zu Hause wegzog, um in der Hauptstadt Graz Arbeit zu finden. Tausende Menschen aus der Untersteiermark folgten dem Sog der Industrialisierung und Urbanisierung, aber nur knapp 1,2 Prozent der Grazer Bevölkerung gab 1880 an, Slowenisch als Muttersprache zu haben. In der Untersteiermark selbst war das Bürgertum der Städte deutschsprachig, die Dienst-

boten und die Menschen im ländlichen Umfeld sprachen überwiegend Slowenisch. Um jede topografische Aufschrift, um jedes Theater, jede Zeitung und vor allem jede Schule wurde ein Kulturkampf geführt. Vereine waren Träger dieser Auseinandersetzung. Schulvereine, Turnvereine, Sängerbünde und auch karitative Organisationen von Frauen.

„Nation“ meint klarerweise mehr als „Sprachnation“, sonst gäbe es etwa wohl keine Schweiz. Vor allem aber ist auch Sprache wechselbar, man ist vielleicht gezwungen, in einer neuen Sprache zu kommunizieren, oder aber der Partner kommt aus einer anderen Sprachfamilie. Wohin gehören dann die Kinder? Sprachgrenzen sind daher fließend und Sprache ist nicht notwendigerweise gleichzusetzen mit na-

tionaler Zugehörigkeit. Die „Grenze im Kopf“ wurde in der Untersteiermark also schon lange vor dem Ziehen der realen Grenze fixiert, als eine bewegliche Grenze, die es zu verteidigen, oder aber, wie eine Frontlinie, nach „vorne“ zu verschieben galt. Die Sprachgrenze war also als politische Grenze nicht zu ziehen, die Gemengelage der beiden Sprachen erlaubte keine Linienführung, die der realen Situation entsprechen konnte.

Im letzten Kriegsjahr war es deutlich geworden, dass die slowenischen Soldaten, die lange loyal in den Verbänden der Habsburgermonarchie gekämpft hatten, vermehrt ein bisher nicht existentes „Slowenien“ anstrebten, entweder innerhalb der Monarchie oder als Teil eines neuen „Jugoslawiens“. In jedem Fall zeichnete sich ab, dass eine neue Grenze

In Radkersburg: Eine Statue von Kaiser Josef II. wird vom Sockel gestürzt

AUS DEM BUCH
„HANS PETSCHAR/
HERBERT FRIEDLSMEIER:
STEIERMARK IN ALTEN
BILDERN“



quer durch den südlichen Teil der Steiermark gezogen werden musste. Es gab Bezirksgrenzen, Gemeindegrenzen, es gab die Mur, aber es fehlten Gebirgszüge. Die Mur war ja auch verbindend, sie lief durch Städte wie Radkersburg, man hatte Brücken gebaut, und auch die Eisenbahnlinie hatte sich nicht um Sprachgrenzen gekümmert. Wo immer man die Grenze zog, immer würden Grundbesitzer ihr Land auf beiden Seiten der Grenze finden.

In den südlichen Bezirken hatte bei Kriegsende der SHS-Staat die Kontrolle übernommen, aber die Position der Städte Marburg/Maribor, Pettau/Ptui und Cilli/Celje blieb ungeklärt. Als eine amerikanische Kommission unter der Leitung von Colonel Sherman Miles einen Lokalausweis durchführte, schuf der ehemalige Hauptmann der österreichischen Armee, Rudolf Maister, in Marburg/Maribor blutig neue Tatsachen. Ein Teil der deutschsprachigen Bevölkerung hatte sich mit österreichischen Fahnen vor dem Rathaus eingefunden, um die Amerikaner vom deutschsprachigen Charakter der Stadt zu überzeugen. Maister ließ schießen, und 13 Tote sowie 60 Verwundete lagen auf den Straßen. Die Amerikaner fanden schließlich eine südslawisch beflaggte Stadt vor. Rad-

kersburg war schon am 1. Dezember 1918 von SHS-Truppen besetzt worden, und auch die Gemeinden Glanz, Leutschach und Schlossberg wurden vom südslawischen Staat für sich beansprucht.

Die Friedensverhandlungen sprachen alle diese Gebiete anfangs dem SHS-Staat zu. Die im August 1919 endgültig gezogene Grenzlinie hielt sich aber an die Mur, teilte also die Stadt Radkersburg. Auch Leutschach und die Nachbargemeinden wurden Österreich zugesprochen. In mühevoller Kleinarbeit, Hof um Hof, wurde die Grenze überall dort gezogen, wo sie nicht durch den Fluss vorgegeben war. Manch dramatische, oft sogar traumatisierende Familiengeschichte kann von dieser Grenzziehung berichten.

In einer kleinen Ausstellung wird das Universalmuseum Joanneum diese Prozesse in einigen Wochen nachzuzeichnen versuchen. Und sie wird in zwei weiteren Teilen das Schicksal der Grenzregion bis zur Gegenwart nachzeichnen. Denn manche Wunde, die damals zugefügt wurde, ist bis heute nur schlecht verheilt. Der Nationalsozialismus schob für einige Jahre die Grenze wieder nach Süden vor, ehe die Republik Österreich in den Grenzen von 1919 im Jahr 1945 wieder entstand.

Die soziale Republik

Eine breite Palette an sozialen Reformgesetzen wurde bereits vor dem Beginn der Ersten Republik initiiert.

Von Oliver Rathkolb

100 JAHRE
REPUBLIK



Stichwort: Cisleithanien

„Land diesseits der Leitha“. Das war nach Errichtung der Doppelmonarchie im Jahre 1867 eine vor allem im Beamtentum und bei Juristen gebräuchliche Bezeichnung für den nördlichen und westlichen Teil Österreich-Ungarns.

Im folgenden Text sollen zwei falsche Mythen über den Beginn der Ersten Republik dekonstruiert werden: Der erste betrifft die These einer Stunde null, das heißt, dass die breite Palette an sozialen Reformgesetzen erst durch die „österreichische Revolution“ aus dem Nichts entwickelt worden wäre. Der zweite Mythos rankt sich um die Sozialpartnerschaft und eine funktionierende Große Koalition zwischen den beiden großen Massenparteien, den Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die meist erst auf die Zeit nach 1945 zwischen ÖVP und SPÖ projiziert wird.

Zu Recht hat jüngst Pieter Judson in seiner Studie „The Habsburg Empire: A New History“ (2016) auf die kulturelle und administrative Stärke Cisleithaniens und der Habsburgermonarchie im Allgemeinen hingewiesen. Dies war dann die Basis für die rasche Reformkonjunktur nach der Ernennung des sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschafters Ferdinand Hanusch als Nachfolger Ignaz Seipels zum ersten republikanischen Staatssekretär für soziale Fürsorge. Vom ersten Moment an konnte er sich auf eine innovative und erfahrene „imperiale“ Bürokratie stützen und war umgeben von einem hochkarätigen Thinktank.

Zu dieser gewachsenen Expertise im sozialrechtlichen und sozialpolitischen Bereich kam die langjährige politische Erfahrung von Ferdinand Hanusch selbst, einem ehemaligen Webergesellen aus ärmlichen Verhältnissen in Schlesien. Er war seit 1891 in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aktiv und hatte bereits seit Jahrzehnten die Einführung des Achtstundentages, Abschaffung der Arbeitsbücher und viele andere sozialpolitische Reformgesetze gefordert. Dass es dann – zuerst ab 30. Oktober 1918 in der Konzentrationsregierung unter Staatskanzler Karl Renner mit Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Großdeutschen und dann von 15. März 1919 bis 7. Juli 1920 in zwei Koalitionen von Sozialdemokraten und Christlichsozialen – gelang, diesen sozialgesetzlichen Reformschub umzusetzen, ist natürlich auch den internationalen Entwicklungen und der Angst vor einem Räte-regime bzw. einer kommunistischen Revolution wie in Russland 1917 geschuldet.

Ferdinand Hanusch selbst meinte 1919: „Wenn wir vor dem Äußersten bewahrt bleiben wollen, mussten wir in erster Linie bei der Arbeiterschaft das Vertrauen erwecken, daß dieser Staat ein anderer ist als

der alte. [...] Die Opfer, die die Industrie bringen muß, fallen gegenüber den Milliarden Schäden, die ein Tag Revolution in einer Großstadt bedeutet, nicht sehr in die Waagschale.“ Gleichzeitig war sich Hanusch bewusst, dass soziale Reformen nicht zu einem sozialistischen Staat führen werden. Innerhalb der Christlichsozialen Partei setzte sich überdies der Arbeitnehmerflügel in dieser ersten Phase durch, und bei den Arbeitgebervertretern begann zwischen 1917/1918 und 1920 auch eine intensive erste Phase der Sozialpartnerschaft in Verhandlungen mit Gewerkschaftsvertretern und Reichsratsabgeordneten bzw. später Nationalratsabgeordneten.

Nach der Errichtung des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft im Jahr 1917 wurde bereits ein Hauptausschuss eingerichtet, dem unter anderem Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften und Krankenkassen angehörten. Es war der Arbeitsausschuss dieses Hauptausschusses, der auf Antrag des sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Jakob Reumann in der Folge bereits Ende September 1918 die Einsetzung einer paritätischen Industriekommission vorbereitete. Darin wurden dann zahlreiche Gesetzesentwürfe beraten – zum Beispiel 1919 vom Gesetz über



Um 1920: Werkstätte der städtischen Straßenbahnen in Wien

PICTUREDESK

den Urlaub von Arbeitern bis zum Betriebsrätegesetz.

Eine wichtige Kommunikationsschiene zwischen Hanusch und der Privatindustrie lief über die Freimaurer-Loge „Lessing zu den drei Ringen“. Die ersten Maßnahmen betrafen die großen Probleme der Kriegsheimkehrer und der steigenden Arbeitslosenheere. Trotz Kritik seitens der Unternehmer wurden zwei Mal die Arbeitslosenunterstützungen erhöht. Besonders hervorzuheben sind zwei Gesetze: das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag und das Betriebsrätegesetz.

Letzteres sollte aus der Sicht der sozialdemokratischen Führungspersonlichkeit Otto Bau-

er auch Teil einer Ausbildungsinitiative werden, um den Betriebsräten – und auch den Arbeitern – Einblick in die Produktions- und Verkaufsmechanismen zu verschaffen, um damit dann auch das Personal für sozialisierte Unternehmen zu schaffen. Doch letztlich scheiterte das Sozialisierungsprojekt am Widerstand der Christlichsozialen Partei, und es blieben die Kernaufgaben der Betriebsräte, Beratung und Schutz der Arbeitnehmer, übrig. Heute nehmen jedoch in Österreich Unternehmensbetriebsräte eine wichtige Rolle in den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften ein.

Das dritte wegweisende Gesetz betraf die Errichtung der

Arbeiterkammern – fast am gleichen Tag mit dem Handelskammergesetz vom 26. Februar 1920 beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Sozialdemokratie unter Otto Bauer bereits entschlossen, die Koalition zu beenden, da weitere Maßnahmen wie die Vermögenssteuer oder die Getreidebewirtschaftung nicht mehr machbar schienen und auch der Druck der Basis zum Koalitionsende größer wurde. Doch sollten noch rasch einige Maßnahmen paktiert bzw. umgesetzt werden. Dazu gehörte auch die Verordnung über den Dienstvertrag der Hausgehilfen und über die Arbeitsverhältnisse einzelner Arbeiterkategorien (Gastgewerbe,

Rechtsanwaltskanzleien) sowie vor allem das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 24. März 1920.

Nach dem Scheitern der Fortsetzung der ersten Großen Koalition wurde zwar seitens der christlichsozial dominierten Koalitionsregierungen immer wieder das Wegräumen des „revolutionären Schutts“ (Ignaz Seipel am 29. Februar 1924) propagiert, aber letztlich doch nicht umfassend durchgeführt – trotz zahlreicher Reduktionen und Verschlechterungen. Noch immer wirkte die Angst vor revolutionären Entwicklungen nach, obwohl sie ab 1920 deutlich nachgelassen hatte.

Sozialpolitische Gesetze

Das sozialpolitische Reformwerk 1918–1920 umfasste folgende zentrale Gesetze. Insgesamt wurden 83 Sozialgesetze erlassen und Staatskanzler Renner hob Österreich 1920 sogar an die Spitze der Sozialstaaten Europas.

- 4. 11. 1918:** Industrielle Bezirkskommissionen zur Organisation der Arbeitsvermittlung, Errichtung von Einigungsämtern.
- 6. 11. 1918:** Invalidenfürsorge, staatliche Unterstützung der Arbeitslosen.
- 19. 11. 1918:** Erweiterung der Gewerbeinspektionen, Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag in Fabriken, Gesetz über die Heimarbeit.
- 20. 11. 1918:** Staatliche Arbeitslosenunterstützung für Angestellte.
- 25. 1. 1919:** Abschaffung der Arbeitsbücher und der Bestrafung des Kontraktbruches, Errichtung eines staatlichen Wohnungsfürsorgefonds.
- 4. 2. 1919:** Gesetz über die Enteignung zu Wohnzwecken.
- 25. 4. 1919:** Invalidenentschädigungsgesetz.
- 14. 5. 1919:** Verbot der Nacharbeit von Frauen und Jugendlichen.
- 15. 5. 1919:** Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten.
- 30. 7. 1919:** Arbeiterurlaubsgesetz.
- 17. 12. 1919:** Gesetz über den achtstündigen Normalarbeitstag.
- 18. 12. 1919:** Gesetz über Einigungsämter und Kollektivverträge.
- 28. 2. 1920:** Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte.
- 24. 3. 1920:** Gesetz über die Arbeitslosenversicherung.

100 JAHRE
REPUBLIK**Stichwort:
Belle Époque**

Bezeichnet die Zeitspanne von rund 1880 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914. Vor allem das Bürgertum profitierte vom wirtschaftlichen und technischen Aufschwung. Speziell Kunst und Kultur befanden sich zur damaligen Zeit in der Hochblüte.

Es ist eine Frage der Perspektive, ob Schriftsteller in ihren Autobiographien die Jahre 1918 bis 1920 eher im Zeichen der Kontinuität oder des Bruchs sahen, ob und in welcher Weise sie die „Revolution“ jener Tage ins Zentrum der Lebensrückschau rückten oder als Episode behandelten. Die Lektionen des weiteren Lebens bestimmten auch die Schilderung der Erlebnisse um den tief greifenden Einschnitt der Jahre 1918 bis 1920. Viele Maler und Schriftsteller arbeiteten an ihren alten Stoffen weiter, wechselten keineswegs ihre eingeübten Techniken, hielten mit ihrer persönlichen Mythologie gegen die neue Zeit. Alle Texte Arthur Schnitzlers etwa, die nach dem Zeitenbruch 1918 entstanden, gingen aus Notizen zu Personen und Geschichten hervor, die in die Belle Époque der Habsburgermonarchie zurückreichten. Kein einziges nach 1918 entstandenes Werk bezog sich auf die Gegenwart der Republik, alle waren aber in vielen Details und den sich in ihnen zeigenden Krisenerscheinungen von der neuen Zeit imprägniert.

Der Kulturbetrieb führte sein Eigenleben und schien oft losgelöst von der Zeit. Theater spielten die bekannten Stücke der Weltliteratur, die Oper führte den Repertoirebetrieb weiter, die Konzerthäuser waren voll. Die Kultureinrichtungen brauchten sich um Nachfrage nicht zu sorgen, sondern plagten sich mit Fragen der Stromversorgung und des Kohlenmangels ab. Immer wieder mussten sie gesperrt werden. In den Monaten nach der Republikgründung war der Staat in der Kulturpolitik da-

mit beschäftigt, ob und wie die Theater, die Oper, die Konzerthäuser und die Museen unter den desolaten Bedingungen weitergeführt werden konnten. Wie die Geschichte der italienischen Militärkommission in Wien zeigt, waren die neuen Nachbarstaaten unmittelbar nach Kriegsende durchaus dazu entschlossen, sich an den wertvollen Kunstbeständen der Habsburger zu bedienen. Am Verkauf von Gobelins entzündete sich die heftig debattierte Frage, ob alte Kunstgegenstände zur Finanzierung von Lebensmittelimporten veräußert werden durften.

Stefan Zweigs „Die Welt von Gestern“ liefert eine der farbigsten und schönsten Schilderungen der unmittelbaren Nachkriegsjahre. Als der Erste Weltkrieg zu Ende war, kehrte er aus der Schweiz nach Österreich zurück, um die Parado-

xien des neuen Staates und des Lebens seiner Mitbürger zu erleben. „Zum ersten Mal meines Wissens im Lauf der Geschichte ergab sich der paradoxe Fall, dass man ein Land zu einer Selbständigkeit zwang, die es selber erbittert ablehnte“, bilanzierte Zweig die Situation.

Keine einzige relevante politische Gruppierung im Lande vermochte an die Zukunft dieses neuen Österreich ohne radikale Veränderungen wirklich zu glauben, alle träumten von einem anderen Staat, allerdings in recht unterschiedlicher Form. Der Hauptteil von Stefan Zweigs Schilderungen galt allerdings dem Elend im neuen Staat Deutschösterreich. Selbst im Krieg hatten die Menschen in Österreich nicht mehr materielle Not gelitten als im gewonnenen Frieden. Stefan Zweig schilderte

Der Hunger nach Brot, der Hunger nach Kultur

Die einen in der Vergangenheit, die anderen in der Gegenwart: zur Situation der Literatur in der neuen Republik.
Von Alfred Pfoser



Schriftsteller
Karl Kraus war ein glühender Verfechter der Ersten Republik

PICTUREDESK

den bürgerlichen Bezirken Wiens, Gerüchte über Übergriffe, Hausbesetzungen und Diebstahl machten die Runde. Die Polizei gewährte nicht mehr den üblichen Schutz, die Staatsorgane waren in Auflösung begriffen, Nachrichten über anrückende italienische oder englische Truppen alarmierten die Bevölkerung. Es gab keine Armee mehr, die einen möglicherweise anrückenden Besatzer stoppen konnte.

Im Cottageviertel, wo Schnitzler wohnte, überlegte man die Bildung einer Bürgerwehr, Felix Salten brachte seine Familie „in Sicherheit“. „Das Militär von der Front, Arbeitslose, Hunger, Mob“, die tragenden Gruppen der Revolte, lösten bei Schnitzler und Salten im Cottageviertel oder bei Hugo von Hofmannsthal in Rodaun Angst und Wut aus. Jetzt, wo der Krieg zu Ende war, war Wien, waren ihre Viertel und Häuser, fühlten sich ihre Familien und ihr Freundes- und Bekanntenkreis bedroht.

Was den einen Bedrohung war, galt den anderen als Verheißung. Die Russische Revolution war für viele Schriftsteller das große Vorbild. Am 3. November 1918 hielt die von Egon Erwin Kisch gegründete Rote Garde eine Protestkundgebung vor dem Reichsratsgebäude ab, eine Gruppe zog weiter vor die Zentrale des mächtigen Wiener Bankvereins, um dort Brandreden gegen den Kapitalismus zu halten. Franz Werfel versicherte den Zuhörern, im Augenblick sei man zu schwach, den Sturm auf die Bank zu wagen, aber die Stunde werde schlagen, und „dann werden wir auch diese Geldpaläste besitzen!“. Die Polizei forschte den Redner aus

Fortsetzung auf Seite 34

die Situation in der seinem Stil gemäßen Dramatik: „Das Brot krümelte sich schwarz und schmeckte nach Pech und Leim; Kaffee war ein Absud von gebrannter Gerste, Bier ein gelbes Wasser, Schokolade gefärbter Sand, die Kartoffeln erfroren; die meisten zogen sich, um den Geschmack von Fleisch nicht ganz zu vergessen, Kaninchen auf, in unserem Garten schoß ein junger Bursche Eichhörnchen als Sonntagsspeise ab.“

Die materielle Not der Kulturarbeiter war in den Jahren 1918 bis 1920 ein großes Thema in der Öffentlichkeit. Das Elend schien aber keine Auswirkungen auf die Produktion zu haben. Bücher wurden mehr denn je produziert, die Theater ließen mit der Unzahl der Uraufführungen die Kritiker nicht zu Atem kommen, die Kaffeehäuser waren voll mit Leuten, die dieses oder jenes neue Projekt

besprachen. Literaten, sofern sie Talent dazu hatten, handelten mit Gütern aller Art, je nach Geschick hatten sie sich als Korrespondenten ausländischer Zeitungen installiert und Anschluss an den Journalismus gefunden.

Die 1920er-Jahre waren eine große Zeit des Feuilletons; Alfred Polgar, Joseph Roth, Robert Musil, Anton Kuh und viele, viele andere sicherten sich das Überleben durch regelmäßige Zeitungsbeiträge. Auch der hektisch produzierende Film- und Kabarettbetrieb nährte Kulturproduzenten. Spekulan-ten ließen sich als Gönner für Verlags- und Buchproduktion gewinnen, der schnelle Verfall des Geldes hielt trotz Kohlenmangels den Betrieb aufrecht und setzte die ganze kulturelle Szene in Atemlosigkeit und Spannung. Wien erlebte trotz des materiellen Elends eine

Blüte in der Verlags- und Kunstproduktion. Stefan Zweig lieferte in seiner Autobiographie eine Skizze der künstlerischen Anstrengung und Hektik der Elendsjahre. „Nie habe ich bei einem Volke und in mir selbst den Willen zum Leben so stark empfunden wie damals, als es um das Letzte ging: um die Existenz, um das Überdauern.“

12. November 1918 – vor dem Parlament wurde die Republik ausgerufen. Arthur Schnitzler notierte wenig begeistert in seinem Tagebuch: „Ein welthistorischer Tag ist vorbei. In der Nähe sieht er nicht sehr großartig aus.“ Voller Argwohn, in trüber Stimmung, ja geradezu mit einem dezidierten Ekel, allerdings wenig aufgeregt, notierte er in den Tagebüchern dieser Jahre die wenig begeisternden Begleitumstände dieser Veränderung. Die Angst ging um in

100 JAHRE
REPUBLIK

IMPRESSUM

Gesamtverantwortung:

Bernd Melichar,
Tel. (0 31 6) 875-4216

Redaktion:

Susanne Rakowitz
Tel. (0 31 6) 875-3965

Design und Produktion:

Carina Steinegger

Sekretariat:

redaktion@kleinezeitung.at

Der Hunger nach Brot,
der Hunger nach Kultur

Fortsetzung von Seite 33

und stellte ihm eine polizeiliche Vorladung zu. Franz Werfel verteidigte sich sehr geschickt als Anhänger Tolstois und des Urchristentums, als strikter Gegner jeglicher Gewaltanwendung. Wenige Tage später, am 12. November 1918, war Werfel wieder dabei, als Egon Erwin Kischs Rote Garde die Ausrufung der Republik zur Gründung einer sozialistischen Republik umfunktionieren wollte. So manchem Beobachter, auch solchen der Polizei, schien der romantische, linksradikale Putschismus seinen Ausgang in der Literaten- und Künstlerszene zu haben. Was da die jüngere, meist expressionistisch gestimmte Generation betrieb, entsetzte die ältere Generation, wie die Tagebucheinträge Schnitzlers oder die bitterbösen Attacken Karl Kraus' in der „Fackel“ zeigten. Franz Werfels Schlüsselroman „Barbara und die Frömmigkeit“ (1929) erinnerte in lebhaften Schilderungen, farbigen Porträts (Egon Erwin Kisch, Franz Blei, Albert Paris Gütersloh, Gina Kaus) und vielen Dialogpartien an die Dramatik der Tage rund um die Republikgründung.

Als die Republik ausgerufen wurde, war auch in Hugo von Hofmannsthal's Rodauner Schlössl das Elend eingezogen. Zurückkehrende Soldaten lösten Revolutionsalarm aus, Hofmannsthal war Mitbegründer der Rodauner Bürgergarde. Die wertvollen Sachen wurden in die Wiener Stadtwohnung verfrachtet. Das Ende des Krieges stürzte ihn in die Depression, umso fester hielt er an der alten historischen kulturellen Mission Österreichs fest. Wenn 1921 im „Salzburger großen Welttheater“ der Bettler

als Sprecher der Enterbten die Axt erhob, so war darin die Drohung des abgewendeten Bolschewismus allegorisiert.

Viele junge Autoren übersiedelten in den 20er-Jahren nach Berlin und stürzten sich in das rege kulturelle Leben der Roaring Twenties. Der verhinderte Anschluss vollzog sich für sie ganz praktisch, indem die Weimarer Republik bessere Arbeits-, Verdienst- und Projektmöglichkeiten bot. Nicht nur für die ältere Generation, sondern auch für die Gruppe der katholischen Schriftsteller war allerdings eine Degradation zu einer deutschen Provinzstadt schwer erträglich.

Robert Musil reagierte mit Spott, wenn der Anschluss für viele Schriftsteller wegen des kulturellen Überlegenheitsgefühls als eine schlechte Option gewertet wurde. 1918 begann die Debatte über die österreichische Literatur. Mochten die Politiker und Ökonomen von der „Lebensunfähigkeit“ Österreichs überzeugt sein, künstlerisch fühlte man sich als Großmacht.

Während sich die Generation der Jung-Wien-Autoren schwertat, mit ihren Texten in der Gegenwart anzukommen, ließ Karl Kraus nicht davon ab, den Weltkrieg im Mittelpunkt seines Schaffens zu sehen. Das Vorbild für das Dokumentardrama „Die letzten Tage der Menschheit“ („Akt“-Ausgabe 1919, Buchausgabe 1922) war Shakespeare, der die Mächtigen zu Bühnenfiguren gemacht hatte, was nun Kraus kopierte, indem er die beiden Kaiser, die oberkommandierenden Erzherzöge, die großsprecherischen Generäle, die gewichtig kommentierenden Chefredakteure, die humorig



schreibenden Frontberichterstatter als Figuren auf die Bühne brachte. Karl Kraus schuf eine monumentale Schurkengalerie jener Herrschaften, die die Menschen leichtfertig in den Tod schickten und ihnen das üble Lob vom „Heldentod“ nachschickten.

Sichtlich eine besondere Freude war es Karl Kraus, seine Schriftstellerkollegen in der „Fackel“ und in den „Letzten Tagen der Menschheit“ an die Verse, Dramen und Artikel von einst zu erinnern. Wo sie ihre Vergangenheit vergessen wollten, bestand er darauf, sie öffentlich zu machen. Die Wendehälse hatten 1918 Konjunk-

tur, aus den Kriegslyrikern waren Antikriegslyriker geworden, die vaterländischen Barden machten ihre Kottaus vor der neuen, revolutionären Zeit und wurden gar, wie Anton Wildgans, republikanische Burgtheaterdirektoren.

Im Chor seiner Kollegen gesehen ist es sicherlich berechtigt, Karl Kraus als Schriftsteller der Ersten Republik schlechthin zu sehen. Er bereitete die Erste Republik durch sein publizistisches Schaffen und viel beachtete Vorlesungen vor, er war unzweideutig ihr energischster Verteidiger, er verstand seine Auftritte vor einem Massenpublikum auch als Pä-



„Die letzten Tage der Menschheit“ ist ein viel gegebenes Drama. Hier drei Inszenierungen: Salzburger Festspiele 2014, Festspiele Reichenau 2006 und im Theater im U-Boot-Bunker in Bremen 1999

PICTUREDESK (3)

dagogik der neuen egalitären Freiheit, er verteidigte die Republik gegen die sich rasch formierenden Gegner.

Er hatte ein enges Verhältnis zur Sozialdemokratie, gab 1919 Wahlempfehlungen für sie ab, stellte sich bei den Republikfeiern für politisch-literarische Vorlesungen zur Verfügung und trat nach dem Bruch der Koalition dem reaktionären politischen Katholizismus entgegen.

Otto Bauer publizierte 1923 eine große diagnostische Zeitbilanz. „Die österreichische Revolution“ nahm auch auf die Dichtung der Zeit Bezug und spannte anhand einiger ausge-

wählter Werke einen Bogen über die „Stimmungen der bürgerlichen Intelligenz in der österreichischen Literatur“. Bauer nahm einige Zeitromane und einen Gedichtband als Beleg dafür, dass die revolutionäre Stimmung 1920 umschlug. Mit der Republikgründung hatte sich eine neue, strikt antirepublikanische Literatur positioniert, zu der sich später die katholisch-deutsch-völkische Heimatliteratur gesellte. Ihr besonderes Format erhielt diese rechte Literatur durch ihre Anti-Wien-Ausrichtung. Wien war, in verschiedenen Versionen, in diesem Genre der amoralisch-sittenlose Wasser-

kopf einer kleinen Republik, das Geschäftszentrum der (natürlich meist) jüdischen Schieber und Spekulanten, der Sammelplatz skrupelloser Politikbanditen und schmarotzerischer Weltverbesserer. Die Bevölkerung, ausgepresst durch ein ausgefuchstes Steuersystem, war in Geiselhaft von Neureichen und rabiatischen Revolutionären.

Den Anti-Wien-Roman gab es in vielen Schattierungen, von ausgesprochen antisemitischen Pamphleten, etwa Karl Paumgartens „Republik“ (1924), bis zum ironisch durchsetzten, versöhnlich endenden Zeitbild „Geister in der Stadt“ (1921) von Thaddäus Rittner. Robert Musil verabscheute all diese Autoren, die sich vordergründig für Politik einspannen ließen und mit ihren Geschichten, wie er meinte, die Haltung der Parteien nur banal illustrierten. Er ignorierte sie oder schrieb über sie vernichtende Kritiken, immer sperrig gegen intellektuelle Moden, hinter denen er einen neuen, bequemen Irrationalismus vermutete und nachwies. Abrechnung, Mobilisierung, Aktivierung – das lag ihm fern, ihm ging es um die „geistige Bewältigung“ dessen, was da geschehen war und geschah. Seine Essays aus dieser Zeit, die die Arbeit am Monumentalwerk „Mann ohne Eigenschaften“ begleiteten, zählen zum Klügsten, was in der Zeitenwende 1918/20 geschrieben wurde. Die Politisierung der Literatur in der Ersten Republik wurde später oft verdrängt, ist aber unübersehbar. War es zuerst die (mögliche) Revolution, die elektrisierte, war es wenige Monate später die kulturelle Restauration, die bestürzte. Für viele jüdische Künstler wie Arnold Schönberg bedeutete der neue, radikale Antisemitismus einen Wendepunkt in ihrem Schaffen.



Chronologie 1918–1920

11. November 1918

Der Waffenstillstand von Compiègne zwischen Entente und Deutschem Reich beendet den Krieg. Am gleichen Tag entlässt Kaiser Karl I. seine letzte k. k. Regierung und verzichtet „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“. Das Ende des Ersten Weltkrieges. Für Österreich bedeutete dies gleich mehrfach eine Zäsur: Nach der Niederlage zerfielen sowohl der Vielvölkerstaat als auch die Monarchie.

12. November 1918

Die Provisorische Nationalversammlung übersiedelt ins Parlament am Ring und beschließt das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs“. Dies bzw. die anschließende Bekanntgabe gilt als Ausrufung der Republik.

27. November 1918

Die Provisorische Nationalversammlung erlässt eine neue Wahlordnung inklusive Frauenwahlrecht.

6. Februar 1919

Bei ihrer letzten Sitzung beschließt die Provisorische Nationalversammlung die Regeln für ihre Nachfolgerin, die „Konstituierende Nationalversammlung“.

16. Februar 1919

Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung, die eine neue Verfassung ausarbeiten



Die österreichische Delegation in Saint-Germain KARIKATUR ZASCHE/PICTUREDESK

soll. Es ist das erste von Männern und Frauen gewählte Parlament. Stärkste Partei werden mit 41 Prozent die Sozialdemokraten, gefolgt von den christlichsozialen Parteien (36 Prozent) und den Deutschnationalen (sechs Prozent). Renner bildet eine Regierung aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen.

14. März 1919

Der Staatsrat wird aufgelöst und dessen Geschäfte auf die Staatsregierung übertragen. Als Staatsoberhaupt fungiert ab so-

fort der Präsident der Nationalversammlung. Zu diesem wird der Sozialdemokrat Karl Seitz bestellt.

24. März 1919

Ex-Kaiser Karl verlässt Österreich. Vor dem Passieren der Grenze in die Schweiz widerruft er noch seine Verzichtserklärung vom 11. November 1918.

2. Juni 1919

Beginn der Friedensverhandlungen über Österreich in Saint-Germain.

7. Juni 1919

Die Nationalversammlung lehnt den Entwurf des Friedensvertrages ab.

10. September 1919

Renner unterzeichnet den Friedensvertrag von Saint-Germain: Österreich muss die Nachfolgestaaten der Monarchie (Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Polen) anerkennen. Südtirol, Welschtirol (Trentino), das Kanaltal sowie Istrien gehen an Italien, die Bukowina an Rumänien. Außerdem enthält der Vertrag die Verpflichtung zu Reparationszahlungen, ein Anschlussverbot an Deutschland, die Änderung des Staatsnamens von „Deutschösterreich“ in „Österreich“, das Verbot einer allgemeinen Wehrpflicht sowie eine Volksabstimmung über den Verbleib von Südkärnten.

11. Juni 1920

Die Regierung Renners zerbricht aufgrund des Vertrauensverlustes zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.

17. Oktober 1920

Die ersten regulären Nationalratswahlen finden statt.

10. November 1920

Die neue Verfassung tritt in Kraft und gilt im Wesentlichen bis heute.